

PAPERS

DUNIA MOKRANI

**KONFLIKTSZENARIEN IN DER
ZWEITEN AMTSZEIT VON
PRÄSIDENT EVO MORALES**

Dunia Mokrani

Konfliktszenarien in der zweiten Amtszeit von Präsident Evo Morales

Oktober 2011

2005 gewinnt Evo Morales die Wahlen in Bolivien. Damit läutet der erste indigene Präsident des Landes ein neues Zeitalter für das Andenland ein. Eine der wichtigsten Aufgaben der ersten Amtsperiode der „Regierung der sozialen Bewegungen“ ist die Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung. Die rechte Opposition und die traditionellen Oligarchien versuchen diesen Prozess mit allen Mitteln zu boykottieren. Trotz der schwierigen Bedingungen wird im Februar 2009 die neue Verfassung mittels eines Referendums verabschiedet. Im Dezember desselben Jahres wird Morales wiedergewählt und seine Partei, die MAS (Movimiento al Socialismo) erhält die Mehrheit in beiden Parlamentskammern. Die Implementierung der neuen Verfassung verlangt nach einem alternativen Entwicklungsmodell, nach Umverteilung und nach einer neuen Ressourcenpolitik. Diese Fragen führen zu einer Reihe von Konflikten innerhalb der Linken.

Dunia Mokrani, Projektkoordinatorin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bolivien analysiert diese Situation. Der Text wurde im Juli 2011 geschrieben, geht also noch nicht auf die jüngsten Auseinandersetzungen um den Straßenbau in Isiboro Sécuré ein.

Inhaltsverzeichnis

Konfliktszenarien in der zweiten Amtszeit von Präsident Evo Morales	03
Anhang 1: Álvaro García Linera: In der fünften Etappe des Wandlungsprozesses. Die kreativen Spannungsfelder der Revolution.	12
Anhang 2: Manifest der Plurinationalen Koordination der Neuausrichtung. Für die Wiederaneignung des Wandlungsprozesses durch das Volk und für das Volk.	17
Anhang 3: Protokoll des Landesweiten Treffens für einen Pakt der Einheit	26

Konfliktszenarien in der zweiten Amtszeit von Präsident Evo Morales

20 Monate nach der Wiederwahl von Präsident Evo Morales im Dezember 2009 ist die politische Situation Boliviens geprägt von Konflikten und Debatten zwischen Regierung und sozialen Organisationen. Dabei herrscht Uneinigkeit über den Charakter des in Bolivien „Prozess des Wandels“ genannten Transformationsprozess (Proceso de Cambio). Während einige Akteure die Ansicht vertreten, die aktuelle Situation sei Teil der Konsolidierung sozialer Kämpfe innerhalb eines staatlichen Projekts, sehen andere den Beginn einer tiefen Krise des Prozesses des Wandels. Letztere meinen, die Regierung habe die Krise zu verantworten, weil sie sich von der ursprünglichen Agenda der sozialen Bewegungen und gar von der Verfassung abgewandt habe. Sie fordern daher, den Prozess des Wandels neu auszurichten, indem soziale Organisationen mehr Autonomie gegenüber der Regierung bekommen.

Um die gegenwärtige politische Situation Boliviens besser zu verstehen, muss man sie im Kontext folgender Aspekte betrachten:

1. Im Januar 2009 wurde in Bolivien per Referendum die „Politische Verfassung des Staates“ CPE (Constitución Política del Estado) verabschiedet. Die politische Hauptaufgabe liegt somit derzeit in der Umsetzung dieser Verfassung, die sich in Form einer neuen gesetzgebenden Körperschaft konstituieren und durch eine entsprechende Innenpolitik zur Bildung einer neuen Staatsform neuen führen soll: dem Plurinationalen Staat.

2. Präsident Evo Morales befindet sich derzeit in seiner zweiten Amtszeit. Im Dezember 2009 gewann die Bewegung zum Sozialismus MAS (Movimiento al Socialismo)

die Wahl mit 64,22 Prozent und verfügt heute mit mehr als 68 Prozent der Sitze über eine große Mehrheit im Parlament (der so genannten Plurinationalen Versammlung). 20 Monate nach der Wiederwahl lässt sich jedoch beobachten, dass die Regierungspartei MAS diese Mehrheit nicht dazu nutzt, einen Dialograum zu schaffen, von dem aus Veränderungen im ständigen Austausch mit den sozialen Organisationen vertieft werden könnten. Obwohl die MAS nicht mehr den Blockadestrategien der Rechten ausgesetzt ist, die es während Morales erster Amtszeit gegeben hatte, wurde bisher noch kein Gesetz eingebracht, das Form, Struktur und Art und Weise von Mechanismen sozialer Teilhabe und Kontrolle gemäß des verfassungsgemäßen Mandats verbindlich regelt. Gegenwärtig gibt es keinen Raum für den pluralistischen politischen Dialog, der sich der Interpretation des Verfassungstextes widmen könnte, welcher als Text im Wandel auf dem Weg zu einer tiefgreifenderen Transformation begriffen wurde.

3. Die aktuelle Situation hat ihren Vorläufer in der Krise, welche ein Präsidentenerlass im Dezember 2010 auslöste. Der sogenannte „Gasolinazo“ sah eine drastische Erhöhung der Treibstoffpreise vor und führte zu landesweiten Protesten. Zahlreiche soziale Organisationen gingen daraufhin klar auf Distanz gegenüber der Regierung Morales – eine Situation, die sich seither nicht verändert hat, obwohl das umstrittene Dekret zurückgenommen wurde. Im Gegenteil: Es kam zu einer offenen Konfrontation zwischen der Zentralen Arbeitergewerkschaft Boliviens COB (Central Obrera Boliviana) und der Regierung.

Ein Rückblick auf die bedeutendsten Konfliktszenarien, die zur Distanzierung zwischen Regierung und der sie unterstützenden sozialen Basis führten.

Seit der Wiederwahl von Evo Morales hat Bolivien bereits verschiedene Konfliktszenarien durchlebt, in denen die Risse zwischen Regierung und unterschiedlichen sozialen Sektoren deutlich wurden.

Juni 2010: Konflikt um die Umsetzung der indigenen Autonomie

Einer der wesentlichen Konflikte entzündete sich im Juni 2010 am Vorschlag der Organisationen der Indigenen des Tieflands CIDOB (Confederación Indígena del Oriente Boliviano). Mit Unterstützung des Nationalen Rates der Ayllus und Markas von Qullasuyu CONAMAQ (Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu), einer Dachorganisation der Hochland-Indígenas, hatte die CIDOB zielführende Rahmenbedingungen für die Umsetzung der indigenen Autonomie als Grundlage der territorialen Neugestaltung Boliviens angemahnt. Sie veranstalteten den „VII. Großen Marsch der indigenen Völker zur Verteidigung der Territorien, der indigenen Autonomie und der Rechte der indigenen Völker.“ Sie forderten die Umsetzung ihrer in der neuen Verfassung festgeschriebenen Rechte: einen eigenen Etat, eigene Formen der Selbstverwaltung, eigenständige Nutzung der natürlichen Ressourcen in den indigenen Territorien sowie die Sanierung und Landtitulierung von Gebieten im Besitz der öffentlichen Hand zugunsten der Indigenen. Zudem forderte die CIDOB eine Erhöhung der laut Wahlverordnung zugesicherten sieben Sitze für indigene VertreterInnen in der Plurinationalen Versammlung auf 18 Sitze.

Innerhalb dieses Konfliktes war die Regierung weit davon entfernt, pluralistische Räume für eine wirkliche Debatte über die Interpretation des Verfassungstextes bezüg-

lich der indigenen Autonomie zu schaffen. Stattdessen warf man den Protestierenden vor, klientelistische Interessen um Posten im Regierungsapparat zu verfolgen oder aber sich von Nichtregierungsorganisationen bzw. der USAID zugunsten rechter politischer Kräfte instrumentalisieren zu lassen. Außerdem, so die Regierung, verstießen die Forderungen einer territorialen Neugestaltung gegen die territoriale Einheit des Staates. Dass die Schaffung eines Plurinationalen Staates für die Indigenen auch eine Neugestaltung ihrer angestammten Territorien beinhaltet, ließ man dabei vollkommen außer Acht. Sowohl Organisationen der Koka-bauern und -bäuerinnen als auch Abgeordnete der MAS aus dem Department Chapare drohten damit, den Marsch der CIDOB nicht passieren zu lassen. Sie betrachteten die Indigenen des Tieflandes als „Verräter am Prozess des Wandels“.

Von diesem Moment an wurde von Seiten der Regierung wiederholt die Strategie einer Delegitimierung von Protesten in verschiedenen Konfliktszenarien angewandt. Organisationen und deren AnführerInnen wurden, je nachdem, ob sie eine unterstützende oder ablehnende Haltung gegenüber der Regierungspolitik an den Tag legten, als „Patrioten“ oder „Verräter“ bezeichnet. Analog dazu und gewissermaßen als Antwort auf diese Entwicklung setzte sich innerhalb der sozialen Organisationen zunehmend die Einsicht durch, dass der Prozess des Wandels sich nicht auf das Handeln der Regierung beschränkt und somit das Mittragen des Prozesses nicht gleichbedeutend mit einer bedingungslosen und unkritischen Unterstützung der Regierung sein muss.

Mitte 2010: Protestmärsche und Blockaden in Potosí

Eine weitere Bruchstelle zwischen der MAS-Regierung und ihrer UnterstützerInnenbasis ist die Auseinandersetzung zwischen sozialen und zivilgesellschaftlichen Organisationen des Departments Potosí mit der Zentralregierung, die Mitte 2010 eskalierte. Zwanzig Tage lang legten die Protestierenden durch zahlreiche Protestmärsche und Blockaden das Department Potosí lahm. Sie forderten die Einlösung der Wahlversprechen bezüglich der „Entwicklung“ der Region, wie die Wiederinbetriebnahme einer metallverarbeitenden Anlage, Schutzmaßnahmen für den Berg Cerro Rico in Potosí, die Errichtung einer Zementfabrik und eines Flughafens, den Bau von Straßen sowie die Ausbeutung der Lithiumvorkommen im Salar de Uyuni. An der Spitze des Protests, den 28 soziale und gewerkschaftliche Organisationen mit trugen, stand das Zivilkomitee der Region Potosí COMCIPO (Comité Cívico Potosinista).

Auch hier ließ die Regierung keinen Raum für Verhandlungen, in dem eine Debatte über die Forderungen und deren Beziehung oder Widersprüche zu den Vorstellungen des Guten Lebens (Vivir Bien) hätte entstehen können. Themen wie die Ausbeutung der mineralischen Bodenschätze in der Region durch transnationale Unternehmen, deren Interessen bislang nicht wirklich berührt worden sind, wurden nicht angesprochen. Die Regierung verschlimmerte den Konflikt lediglich, indem sie versuchte, die Bedeutung der Mobilisierungen kleinzureden und die Aktionen des COMCIPO argumentativ mit der Offensive der Rechten vom September 2008 gleichzustellen, als Zivilkomitees und oppositionelle Departmentregierungen im Prozess der Verfassungsbildung einen Putschversuch unternommen hatten. So kam es zum Bruch der Beziehungen zwischen der Regierung von Evo Morales mit einer der Regionen, die ihn im Wahlkampf am meisten unterstützt hatte.

Dezember 2010: „Gasolinazo“

Was Mitte 2010 begann, setzte sich im Dezember fort und führte vielleicht zu einem der größten Risse zwischen der Regierung der MAS und den sozialen Sektoren, die ursprünglich deren hauptsächliche UnterstützerInnenbasis darstellten. Die Krise wurde ausgelöst durch den Präsidentenerlass 748, den so genannten „Gasolinazo“. Der Erlass sah eine schockartige Erhöhung der Treibstoffpreise vor, die die Regierung als notwendigen Schritt für den Schutz der nationalen Wirtschaft und das Festigen des produktiven Entwicklungsmodells rechtfertigte. Für den Geldbeutel der Arbeiterklasse war die Preiserhöhung jedoch unzumutbar und führte dazu, dass sich die Bevölkerung hilflos einer Spirale von Preisspekulationen gegenüber sah. Die überraschende Umsetzung der Maßnahme und die unverzüglich folgende Verteuerung der Grundnahrungsmittel hinterließ bei den Ärmsten ein Gefühl der Bestürzung und sogar des Verrats gegenüber einer Regierung, die sich doch als treibende Kraft für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen dargestellt hatte. Dass die Regierung diese Schockmaßnahme dennoch durchsetzte, zeigt ihr Kalkül, auf die Popularität Evo Morales zu setzen, statt einen Dialog über mögliche neue Produktionsmodelle zu beginnen. Auch wenn in diesem Fall in den Tagen und Wochen nach dem „Gasolinazo“ eine gewisse Debatte über die Vor- und Nachteile von Subventionen und deren schwierig zu gewährleistender Nachhaltigkeit geführt wurde¹, so konnte die Regierung die Bevölkerung dennoch nicht von der Notwendigkeit dieser Maßnahme überzeugen. Zwar argumentierte sie, dieser Schritt träfe vor allem die reichsten Familien und der Staat könne das Benzin für deren Luxuslimousinen nicht länger subventionieren, doch es war klar, dass es die ärmsten Bevölkerungsteile am Härtesten treffen würde.

¹ Im Jahr 2010 betrugen die Subventionen aus der Staatskasse TGN (Tesoro General de la Nación) 666 Mio. US-Dollar. Für 2011 werden sie auf 1 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Aufgrund der spürbaren Folgen der Preiserhöhungen kam es zu landesweiten Protesten gegen den Präsidentenerlass, woraufhin die Regierung Kompensationsmaßnahmen anbot. So sollten der gesetzliche Mindestlohn sowie die Gehälter bei Polizei, Armee sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen um 20 Prozent angeboten werden. Weiterhin wollte man den Schulbonus „Juancito Pinto“ um 50 Prozent erhöhen, durch das Nationale Notstandsbeschäftigungsprogramm 25.000 neue Arbeitsplätze schaffen und die Tarife für die Grundversorgung einfrieren. Zudem bot die Regierung an, Soja zum Weltmarktpreis aufzukaufen und den einheimischen ProduzentInnen für Mais, Reis und Weizen einen Preis zu zahlen, der 10 Prozent über dem Verkaufspreis im Binnenmarkt liegt. Ein Wirtschaftsfonds für Gemeinde-Investitionen in Beregnungsanlagen und die Gewährleistung von Subventionen bei der Umstellung von Fahrzeugen auf Gasbetrieb wurden ebenfalls angeboten. Trotz allem waren die angedachten Kompensationsmaßnahmen unzureichend und die offerierten prozentualen Lohnsteigerungen weit davon entfernt, die gestiegenen Treibstoffkosten auszugleichen. Der Preis für Superbenzin war um 73 Prozent, der für Premium-Benzin um 57 Prozent angestiegen, was zu einem ähnlich hohen generellen spekulativen Preisanstieg führte.

So kam es, dass die Regierung die Proteste nicht eindämmen konnte. Im Gegenteil: Die Proteste dehnten sich aus und wurden im weiteren Verlauf auf die gesamte Energiepolitik sowie den Prozess der Verstaatlichung ausgeweitet. Besonders heftige Proteste gab es dabei in jenen Departments, die als Wahlhochburgen der MAS gelten: in Potosí, Oruro und La Paz sowie in Cochabamba. Zu diesem Zeitpunkt wurde nicht nur erste Kritik am Präsidenten und seinen MinisterInnen laut sondern es wurden auch die Formen der politischen Vermittlung von Gewerkschaften und sozialen Organisationen in Frage gestellt. Deren Führungsgremien hatten den „Gasolinazo“ teilweise öffentlich unterstützt, konnten die Proteste an der Basis in

ihrem jeweiligen Sektor dann aber auch nicht unterbinden.

Schlussendlich blieb das Dekret nur eine Woche lang in Kraft. Die Regierung musste es aufgrund des Drucks der Proteste zurücknehmen. Doch selbst in dieser Situation fuhr die Regierung die Strategie, die Proteste kleinzureden, und versuchte, sie als Inszenierungen der Opposition zu delegitimieren. Ihren ehemaligen Verbündeten, die Bewegung ohne Angst MSM (Movimiento sin Miedo), beschuldigte sie, einen Plan zur Destabilisierung der Regierung zu verfolgen. Zudem wurden erneut Organisationen als „patriotisch“ oder „unpatriotisch“ kategorisiert, je nachdem ob sie eine unterstützende oder ablehnende Haltung gegenüber den Regierungsmaßnahmen vertraten. Ebenfalls argumentierte man, dass eine regierungskritische Linke einzig und allein der Rechten in die Hände spiele.

Das Verhalten der Regierung war insofern paradox, als dass durch die Rücknahme der Preiserhöhungen zwar signalisiert wurde, die Regierung sei in der Lage „gehorchend zu befehlen“ (mandar obedeciendo) und auf das Volk zu hören, gleichzeitig das Volk jedoch als eine von der Rechten manipulierte Masse dargestellt wurde.

März-Mai 2011: Forderungen der Arbeitergewerkschaft COB

Selbst in Folge des „Gasolinazos“ kam es somit nicht zu Dialog und Aufarbeitung der Konflikte. Stattdessen sah sich die Regierung im März 2011 neuer Kritik ausgesetzt. Die Zentrale Arbeitergewerkschaft Boliviens (COB) mobilisierte 47 Zusammenschlüsse, nationale und zentrale Gewerkschaftskonföderationen der Departments und Regionen, die gemeinsam folgende Forderungen an die Regierung formulierten:

a) Die Rücknahme des Dekrets 809, das eine Lohnerhöhung um 10 Prozent vorsieht, jedoch ohne vorherige Verhandlungen mit den sozialen Organisationen beschlossen wurde und deshalb als unilaterale Maßnahme der

Regierung angesehen wird.

b) Die Rücknahme von Artikel 23 des Finanzgesetzes, in dem festgeschrieben ist, dass die Krankenkassen all ihre Vermögenswerte und Ressourcen transferieren müssen, damit sie von der Exekutive verwaltet werden, um damit das Einheitliche Gesundheitssystem SUS (Sistema Único de Salud) zu finanzieren.

c) Die Rücknahme des Dekrets 21060, mit dessen Inkrafttreten vor 26 Jahren das neoliberale Modell eingeführt wurde.

d) Die Implementierung einer Politik, die sich an einer wirklichen Wiederbelebung der Produktionsstätten orientiert.

Zwischen März in Mai 2011 kam es in verschiedenen Teilen Boliviens zu Arbeitsniederlegungen, Straßenblockaden und Protestmärschen. Wenn sich Polizei und MinenarbeiterInnen oder LehrerInnen aus dem ländlichen Raum gegenüberstanden, gab es Momente großer Anspannung. Besondere Dynamik gewannen die Proteste aber auch deshalb, weil sich weitere Sektoren, wie etwa die RentnerInnen und AkademikerInnen anschlossen. Die Führungsebenen der bäuerlichen Organisationen hingegen erklärten der Regierung ihre uneingeschränkte Unterstützung und signalisierten ihre Bereitschaft, sich den Demonstrationen der ArbeiterInnen „zum Schutz des Prozesses des Wandels“ entgegenzustellen.

Erneut versuchte die Regierung, die Proteste zu delegitimieren – diesmal indem sie sich auf die Frage der Klassenzugehörigkeit der Protestierenden stützte. Die COB habe die Avantgarde des Bergarbeiterproletariats durch Sektoren ausgetauscht, die mutmaßlich zu den „staatlichen Mittelschichten“ gehörten. Damit wurden die LehrerInnen und Angestellten des Gesundheitswesens beschuldigt, ein „nicht produzierender“ Sektor von VerschwörerInnen zu sein, „Putschisten“ und „Verräter“. Regierung, aber auch andere BeobachterInnen warfen der COB vor, als wichtigstes Organ der Arbeiterschaft nicht fähig zu sein, die Schwelle ihrer kör-

perschaftlichen Forderungen und Eigeninteressen zu überschreiten, um eine aktivere Rolle im Prozess des Wandels einzunehmen und gemeinsam mit den indigenen und bäuerlichen Sektoren an der Schaffung einer postkapitalistischen Perspektive mitzuwirken.

Demgegenüber stand die andere Auffassung, die im Widerstand der COB gegen eine Maßnahme wie den „Gasolinazo“ sowie ihrer legitimen Forderung nach gerechteren Löhnen und der Rücknahme des Dekrets 21060 Signale einer wieder erstarkten COB sah, welche eine wichtige Rolle in einem stark von indigener Identität geprägten Prozess einnehmen könnte. Einem politischen Dialog über die Vertiefung des Wandlungsprozesses, der über den Bereich der korporativen Forderungen hinausginge, stünden ernstzunehmende Grenzen entgegen, die nicht allein den sozialen Organisationen oder Gewerkschaften zugeschrieben werden könnten. Vielmehr lägen die Ursachen auch im Fehlen eines pluralistischen und umfassenden Rahmens für kollektive Entscheidungsfindungen.

Rücknahme des Dekrets 21060

Die von der COB organisierten Proteste im Frühjahr 2011 waren insofern erfolgreich, als dass die Regierung das 1985 in Kraft getretene Dekret 21060 am 1. Mai 2011 anlässlich des Internationalen Tags der Arbeit abschaffte. Sie erließ zudem ein Gesetz, das alle mit dem Dekret verbundenen Anordnungen aufhebt, mit denen durch die Umsetzung von im „Washington Consensus“ vorgesehenen Strukturreformen die neoliberale Ordnung im Land besiegelt worden war.

Obwohl die Abschaffung dieses Dekrets eine Forderung der Protestierenden gewesen war, hatte dieser Schritt in der Bevölkerung nicht dieselbe Wirkung, wie der Erlass des Dekrets zur Verstaatlichung zu Beginn der ersten Präsidentschaft von Evo Morales am 1. Mai 2006. Ein Grund für die eher verhaltene Freude liegt darin, dass das Dekret

21060 mittels eines Gesetzespakets implementiert wurde, das nun für eine wirksame Aufhebung neu formuliert werden muss. So müssen unter anderem Novellen wie das Investitionsgesetz, das Exportgesetz, das Forstgesetz, der Bergbau-Kodex und das Gesetz zu Banken und Finanzunternehmen geändert werden. Dazu kommt, dass einige Sektoren, besonders innerhalb der Arbeiterschaft, skeptisch sind, ob die Regierung wirklich den politischen Willen hat, ein post-neoliberales Modell voranzubringen. Denn schon früher hatte die Regierung Dekrete verabschiedet, um die Schattenseiten des Neoliberalismus zu bekämpfen, wie zum Beispiel ein Verbot der Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Trotz dieses Gesetzes ist die Flexibilisierung von Arbeitszeiten jedoch bis heute sogar bei Verträgen mit Regierungsinstitutionen gängige Praxis.

Jüngste Konflikte: Proteste gegen Straßenbauprojekt

In den letzten Tagen und Wochen wurde indes ein anderer Konflikt zunehmend sichtbar, bei dem sich die Regierung und die Indigenen der Völker Yuracaré, Moxeño, Chimane vom Indigenen-Schutzgebiet und Nationalpark Isiboro-Secure (Territorio Indígena Parque Nacional Isiboro Sécure) gegenüberstehen. Ursache des Konflikts ist ein Megaprojekt im Straßenbau, mit dem Villa Tunari (Cochabamba) mit San Ignacio de Moxos (Beni) verbunden werden sollen. Die Autobahn ist Teil der lateinamerikanischen Initiative für die Integration der regionalen Infrastruktur Südamerikas (IIRSA), mit der eine Verbindung zwischen dem Amazonasgebiet, dem Andenhochland und der Pazifikküste hergestellt werden soll. Die Straße soll die brasilianischen Provinzen Rondonia und Mato Gross mit Häfen an der chilenischen Pazifikküste verbinden. Das Teilstück in Bolivien führt laut der bisherigen Planung direkt durch den TIPNIS-Nationalpark. Die Kosten des staatlich finanzierten Projekts werden auf 442 Mio. US-Dollar geschätzt. Die Zentralvereinigungen der indigenen

Völker von Beni sowie die des Indigenenverbandes CIDOB fordern einen Baustopp und verweisen dabei auf die Einhaltung des Rechts auf Konsultation². Die Regierung besteht indes auf einer Fortsetzung des Straßenbaus und der bolivianische Vizepräsident Álvaro García Linera erklärte, die GegnerInnen des Projekts seien in der Minderzahl, da die Straße einer bereits 30 Jahre alten Forderung der indigenen Völker des Gebiets entspreche. Bisher hätten die regionalen Oligarchien eine Umsetzung des Projekts verhindert. Weiter beschuldigte García Linera die NRO „oligarchische Interessen“ zu verfolgen und zu versuchen, die Durchführung des Projekts zu „blockieren“. Indigene AnführerInnen indes dementierten, jemals darum gebeten zu haben eine Straße durch das Herz des ökologischen Schutzgebietes laufen zu lassen. Sie fordern eine Änderung im zweiten Bauabschnitt, um zu verhindern, dass das Schutzgebiet durch die Straße in zwei Teile geteilt wird. Da es nicht zu einer Einigung kam, haben sich am 15. August mehrere Hundert Indigene im östlichen Tiefland zu einem 600km langen Marsch Richtung La Paz aufgemacht, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen.

Entpolitisierter Prozess

Alle hier beschriebenen Konflikte lassen eine versuchten Entpolitisierung des Transformationsprozesses beobachten. Diese entsteht durch einen verallgemeinernden Regierungsdiskurs, der allen Widerstand über einen Kamm schert – egal ob aus Sektoren der Linken oder den sozialen, gewerkschaftlichen oder indigenen Organisationen. Es existiere ein Typus linker Radikalität, der das Fortschreiten des Wandlungsprozesses durch eine Annäherung an die rechte Opposition gefährde. In dieses Spektrum reiht die Regierung jedoch vielfältige Akteure ein, die keinesfalls einer rechtsgerichteten Opposition bezichtigt werden können. In dieser Lesart stellt jegliche Kritik an der Re-

² Weiterführende Informationen dazu finden sich im Artikel „Indígenas, un alto en el camino“ von Jaime Salvatierra

gierungspolitik eine Bedrohung des Wandlungsprozesses dar, eine Haltung der vor allem die autonomen Kreise und Leitungsgremien der sozialen Organisationen vehement widersprechen. Für sie setzt die prinzipielle Unterstützung des Prozesses des Wandels keineswegs eine uneingeschränkte Unterstützung der Regierung voraus.

Kollektive Errungenschaften der zweiten Amtszeit Evo Morales

Bisher war vor allem von der zunehmenden Distanzierung zwischen Regierung und sozialen Organisationen die Rede, welche die zweite Amtszeit Evo Morales prägt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass es in den vergangenen anderthalb Jahren auch einige wichtige kollektive Schaffensprozesse gab, die zu legislativen Vorschlägen führten. Hier ist besonders der Dialog zwischen Organisationen des Paktes der Einheit (Pacto de Unidad – einem Zusammenschluss wichtiger sozialer Bewegungen), einiger Regierungsinstanzen und der Plurinationalen Versammlung zu nennen, der die Erarbeitung eines Vorschlags für ein Gesetz zur Mutter Erde (Ley de la Madre Tierra) zum Ziel hatte. Als Ergebnis einer breiten Debatte von sozialen Organisationen wurde ein wichtiger Vorschlag entwickelt. Ausgehend von der indigenen Kosmvision stellt er ein grundlegendes gesetzliches Instrument dar, das als Rahmen dienen könnte, um eine neue innenpolitische Rechtsordnung zu schaffen. Damit könnte dem kapitalistischen System der Akkumulation, das auf der Ausbeutung der Natur und den Konzepten des Extraktivismus beruht, klar und deutlich die Stirn geboten werden. Der Gesetzesvorschlag soll den politischen Horizont für das Gute Leben (Vivir Bien) herstellen, das auf dem Konzept lebendiger Lebenszyklen basiert. Das Gesetz enthält ein Kapitel zu den Rechten und Pflichten bezüglich der Mutter Erde (Madre Tierra bzw. Pachamama) und sieht die Schaffung eines Rates der Mutter Erde vor. Dessen Aufgabe soll sein, innenpolitische Maßnahmen sowie Mechanismen für

soziale Teilhabe und soziale Kontrolle zu koordinieren, um den integralen und ökologischen Umgang mit der Mutter Erde sicherzustellen. Der Entwurf schreibt zudem das indigene Recht auf vorherige Zustimmung für Aktivitäten in ihren Territorien fest - ein Recht, das den indigenen Völkern gemäß der bolivianischen Verfassung sowie seitens der Vereinten Nationen und internationaler Verträge schon heute eingeräumt wird. Des Weiteren sieht die Gesetzesnovelle die Definition „strategischer natürlicher Ressourcen“ vor, die in Übergangsphasen dem Guten Leben zugute kommen sollen, um jenseits anthropozentrischer Sichtweisen neue Beziehungen zwischen den verschiedenen Wesen der Natur zu entwickeln. Der Gesetzesentwurf enthält auch interessante Alternativen für die Anwendung des Territorialitätsprinzips, den Umgang mit Land und Schutzgebieten sowie der Gestaltung einer neuen Wirtschaftsweise.

Im Dezember 2010 verabschiedete das Parlament bereits einen Auszug des Gesetzesvorschlags unter dem Titel „Kleines Gesetz zu den Rechten der Mutter Erde“ (Ley Corta de los Derechos de la Madre Tierra)³. Über den weiter gefassten Gesetzentwurf wurde bisher zwar noch nicht debattiert, das Thema steht jedoch bereits auf der Agenda der beiden Kammern.

Bereits verabschiedet wurde das „Gesetz der produktiven, kommunitären und landwirtschaftlichen Revolution“ (Ley de Revolución Productiva, Comunitaria y Agropecuaria). Offiziellen Angaben zufolge besteht der revolutionäre Charakter des Gesetzes in der Kreditvergabe an ProduzentInnen, einer landwirtschaftlichen Versicherung sowie in Anreizen für den Binnenkonsum und den Erhalt von Produktionsstandorten als Basis einer neuen Politik der Ernährungssicherheit und -souveränität. Das Gesetz ist jedoch umstritten, vor allem da es den Anbau von genveränderten Organismen (GVO) ausdrücklich erlaubt. Da ursprüngliche Nah-

³ Vgl. die Dokumente „*Proyecto de ley de las organizaciones del Pacto de Unidad*“ und „*Ley Corta*“, die im Parlament verabschiedet wurden.

rungsmittel des Landes, wie die Andenlupine (Tarwi, *Lupinus mutabilis*) oder die Kartoffel eine Ausnahme bilden, argumentiert die Regierung, das Gesetz würde die industrielle Landwirtschaft unterstützen⁴.

Zwei konträre Sichtweisen zur aktuellen soziopolitischen Konfliktsituation Boliviens

Die soziopolitische Lage Boliviens ist bis heute geprägt von Konflikten und Debatten. Wie unterschiedlich diese Situation eingeschätzt wird, zeigen zwei gegensätzliche Sichtweisen innerhalb der Linken, die im Frühsommer 2011 öffentlich wurden.

Kreative Spannungsfelder im Prozess des Wandels

Vizepräsident Álvaro García Linera begreift die gegenwärtige Situation in einer linearen Lesart als fünfte Phase des Wandlungsprozesses⁵. Für ihn fanden die ersten beiden Phasen dieses Prozesses während des Wasserkriegs (Guerra de Agua) und den Aufständen vom September und Oktober 2003 statt. Als dritte Phase bezeichnet er die erste Wahl von Evo Morales zum Präsidenten, die García Linera als Machtübernahme seitens der breiten Volksschichten bezeichnet. Die vierte Phase besteht im Putschversuch der Rechten und dem darauf folgenden Sieg der Bevölkerung über den Putsch. Wäre der Putsch erfolgreich gewesen, so García Linera, hätte dies das Ende des Prozesses des Wandels bedeutet.

Aktuell sieht der Vizepräsident demzufolge das Land in der fünften Phase des Wandlungsprozesses, die gekennzeichnet ist von Konflikten innerhalb der landesweiten Basisbewegung bezüglich der Lenkung des Prozesses. Für ihn sind die bestehenden Konflikte sekundär; er bezeichnet sie auf-

grund ihres mobilisierenden Potentials sogar als kreativ. In diesem Zusammenhang beschreibt er folgende Spannungsfelder:

1. Die generelle Beziehung zwischen Staat und sozialen Bewegungen, die durch eine demokratische Debatte ausgelöst wurde.
2. Die Notwendigkeit sicherzustellen, dass indigene und bäuerliche Sektoren sowie ArbeiterInnen und arme Schichten den Prozess lenken und trotzdem auch andere Sektoren einbezogen werden.
3. Die Konfrontation von allgemeinen Interessen und Einzelinteressen bzw. den Kampf zwischen gemeinschaftlichen Interessen und der Suche nach einer Verwirklichung von individuellen, sektorbezogenen, privaten oder Partikularinteressen.
4. Den bereits laufenden Prozess der Industrialisierung gegenüber dem Ziel des „Guten Lebens“.

Tiefe Krise im Prozess des Wandels

Im Gegensatz zu Álvaro García Linera herrscht in anderen Kreisen die Auffassung, dass der Prozess des Wandels in eine tiefe Krise geraten ist. Diese Krise sei gekennzeichnet von einer Distanzierung der Regierung gegenüber den sozialen Organisationen sowie dem Fehlen der praktischen Umsetzung des Verfassungstextes. Diese Meinung vertrat die Plurinationale Koordination der Neuausrichtung (Coordinadora Plurinacional de la Reconducción)⁶, als sie im Juli dieses Jahres öffentlich fundamentale Konflikte benannte, die erst gelöst werden müssten, damit der Prozess wieder ins Rollen gebracht werden könne. Auf wirtschaftlichem Gebiet sieht sie die Ursachen für die Konflikte darin, im Stillstand der Verstaatlichung sowie dem Fortbestehen des extraktivistischen, auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Modells und dem Anwachsen der

⁴ Vgl. Artikel zur gesamten Debatte rund um das Gesetz zur Produktiven Revolution.

⁵ Siehe im Anhang den Artikel „Las tensiones creativas de la revolución“ von Álvaro García Linera oder unter http://www.la-razon.com/version_temp.php?ArticleId=1711&EditionId=2550&idp=42&ids=333

⁶ Hier agieren einige ehemalige Regierungsmitglieder, die aufgrund ihrer kritischen Haltung zur Art und Weise des Ablaufs des Prozesses des Wandels von der Regierung abgerückt sind. Dabei handelt es sich um linke sowie indigene und soziale Führungspersonlichkeiten. Vgl. hierzu ihre letzte Erklärung im Anhang oder unter www.bolpress.com/art.php?Cod=2011062207

öffentlichen Schulden. Auf politischer Ebene wirft man der Regierung vor allem vor, die demokratischen Prinzipien zu verletzen und von der Schaffung eines Plurinationalen Staates abzurücken.

Am 4. und 5. Juni dieses Jahres trafen sich die Organisationen des Paktes der Einheit (Organizaciones del Pacto de Unidad). In ihrer abschließenden Erklärung heißt es, im Prozess des Wandels hätten staatliche Funktionäre soziale Bewegungen in Besitz genommen, was zu einer Reihe politischer Fehler geführt hätte. Die Organisationen betonten, wie wichtig es sei, dass sich der Pakt der Einheit in einem Politischen Rat der Regierung (Consejo Político del Gobierno) manifestiert, der über der Exekutive und dem Parlament steht und dessen Aufgabe es sei, den Prozess des Wandels auf dem Weg zu einem Plurinationalen Staat zu „retten“ und zu vertiefen⁷ – eine deutliche Kritik am Verhalten und der Rollendefinition der Zentralregierung.

Fehlende Dialogbereitschaft – Schlussfolgerungen

Über diese gegensätzlichen Perspektiven auf den Prozess des Wandels wurde leider nicht in einer öffentlichen und pluralistischen Debatte diskutiert. Seitens der Regierung hat man auch diesbezüglich versucht, alle kritischen öffentlichen Äußerungen herunter zu spielen oder zu disqualifizieren. Die Kritik von Akteuren, die Teil des Prozesses waren und sind, wird mit der Rechten gleichgesetzt. Paradoxe Weise sind gleichzeitig einige Sektoren, die klar zur Rechten gehören, ohne größere Einwände in die Reihen der MAS aufgenommen worden. Führungspersonen sozialer Organisationen, die eine Art Monitoring für die Regierungsführung fordern, werden diffamiert und der Begriff der Nichtregierungsorganisation wird verteufelt, wenn es sich um jene handelt, die kritische Haltungen einnehmen - selbst wenn sie

ehemals als Verbündete des Prozesses galten.

Mit Blick in die Zukunft scheint sich aktuell kein Szenario von Debatte und Dialog abzuzeichnen, in dem die Regierung die gesunde Position einnimmt, nur ein Teil, jedoch nicht die Gesamtheit des Wandlungsprozesses zu repräsentieren. Nur wenn die Regierung versteht, dass der Prozess des Wandels ihr vorrangig und sie daher auch wieder überwinden kann, wird es möglich sein, kritische Wortmeldungen als bedeutend und notwendig anzunehmen.

Übersetzung:

*Bettina Hoyer und Sebastian Landsberger
(lingua.trans.fair)*

Redaktionelle Bearbeitung:

Anna Schulte

⁷ Siehe im Anhang das Dokument „Acta del encuentro del Pacto de Unidad“

Anhang 1:

Álvaro García Linera (Vizepräsident Boliviens)

In der fünften Etappe des Wandlungsprozesses. Die kreativen Spannungsfelder der Revolution.

Während der letzten fünf Jahre wurde damit begonnen, die rassistischen Mechanismen staatlicher Entscheidungen zu beseitigen, mit denen die indigenen Mehrheiten marginalisiert worden waren. Heute treffen Indigene und Mestizen – wie nie zuvor in der Geschichte – gemeinsam die Entscheidungen des Staates, und auch in der öffentlichen Verwaltung stehen uns dieselben Möglichkeiten offen. In fünf Jahren wurde der Neoliberalismus besiegt und die soziale und staatliche Kontrolle über die gesellschaftlichen Reichtümer wiedererlangt, die zuvor in privater ausländischer Hand gelegen hatten. Gegenwärtig findet sich am Horizont keine Alternative zur dekolonialisierenden Plurinationalität, die in einem einzigen Nationalstaat vereint ist, in dem vielfältige kulturelle Nationen und Völker zusammenleben. Es gibt keine andere Form der Demokratisierung des Staates, die besser wäre als das Anerkennen der vielfältigen Formen von pluralistischer Demokratie (direkte, repräsentative, kommunitäre) und der territorialautonomen Dekonzentration der Macht. Doch diese Errungenschaften einer demokratischen und kulturellen Revolution bedeuten nicht, dass Spannungsfelder, interne Differenzen, Konflikte und Kämpfe verschwunden wären.

Bezogen auf den langen Zyklus dieser Epoche, die im Jahr 2000 begann, gehören Inhalt und Prozess dieser Widersprüche implizit zu einer neuen Phase, der fünften, die sich deutlich von den Spannungsfelder und Kämpfen vorheriger Phasen unterscheidet.

Die *erste Phase* dieser Epoche begann mit dem Wasserkrieg (Guerra del Agua) im Jahr 2000. Diesen ersten Abschnitt des revolutionären Zyklus haben wir als Phase der Enttüllung der Krise des neoliberalen Staates bezeichnet.

Die *zweite Phase* war gekennzeichnet durch die Aufstände September/Oktober 2003 und der Zerschlagung des alten Parteiensystems durch ein neu entstehendes politisches Bündnis der Basisbewegungen (bloque popular). Beginn einer „katastrophalen Pattsituation“.

Die *dritte Phase* beginnt mit dem demokratischen politischen Aufbegehren bei den Wahlen, die den ersten indigenen und bäuerlichen Präsidenten unserer Geschichte ins Amt brachten: Evo Morales. Das Bündnis der Basisbewegungen übernahm die Regierung, jedoch nicht die Macht. Diese Phase begann am 22. Januar 2006.

Die *vierte Phase* haben wir in anderen Artikeln als Scheideweg bezeichnet. Eine rückschrittliche und faschistische Opposition versuchte die Regierung durch einen Staatsstreich zu stürzen, der in den östlichen Regionen des Landes angezettelt worden war. Dieser löste wiederum einen Gegenschlag seitens der aufständischen Bevölkerung aus. Der Putsch wurde besiegt und dieses Ereignis gab den Weg für eine Reihe politischer Siege frei, die zu einer Festigung des revolutionären Prozesses führen sollten.

Dieser Sieg beschloss die vierte Etappe und ist gleichzeitig Beginn der *fünften Phase*, die von Widersprüchen innerhalb des landesweiten Bündnisses der Basisbewegungen geprägt war. Hervorgerufen wurden diese Widersprüche durch Spannungsfelder zwischen den Sektoren, die den Prozess selbst angeführt hatten. Der Dissens bewegte sich um die Frage wie der Prozess weitergehen sollte. Dabei handelt es sich nicht nur um sekundäre, sondern um kreative Spannungsfelder, die dazu beitragen können, die Fortentwicklung der Revolution zu beschleunigen.

Erstes Spannungsfeld: Die Beziehung zwischen dem Staat und den sozialen Bewegungen

Die erste dieser kreativen Spannungsfelder, die durch eine demokratische Debatte gelöst wird, besteht zwischen dem Staat und den sozialen Bewegungen. Per definitionem stellt der Staat die Konzentration aller Entscheidungen, das Gewaltmonopol, die Verwaltung des Öffentlich-staatlichen und der Ideen-Kraft dar, die eine Gesellschaft formen. Im Gegensatz dazu stellen soziale Bewegungen und die sozialen Organisationen per definitionem die Demokratisierung von Entscheidungen, die breite und kontinuierliche Vergesellschaftung von Debatten und Entscheidungen über Anliegen dar, von denen die gesamte Bevölkerung betroffen ist. Eine Regierung der sozialen Bewegungen ist daher eine kreative Spannung, dialektisch, produktiv und notwendig zwischen Konzentration und Dezentralisierung von Entscheidungen. Als Regierung wird von uns erwartet, dass wir die Elemente für Entscheidungen zentralisieren und diese schnell und in angemessener Weise treffen. Die Menschen erwarten von einer Regierung das effiziente Umsetzen von Maßnahmen als Reaktion auf ihre materiellen Bedürfnisse. Da jedoch gleichzeitig soziale, indigene und bäuerliche Organisationen, Arbeitervertretungen und Basisorganisationen in der Regierung vertreten sind, erfordert die daraus erwachsene Dynamik Debatte, Beratung, eine Neubetrachtung von Themen, Vorschlägen und das Erweitern des Kreises der an diesen Entscheidungen Beteiligten.

Wie lässt sich diese kreative Spannung lösen? Im vergangenen Jahr haben wir das Konzept des integralen Staates vorgeschlagen. Dieser integrale Staat ist der Ort, wo der Staat sich (als Entscheidungszenrum) in einem langen Prozess in die eigene Gesellschaft hinein aufzulösen beginnt, während die Gesellschaft anfängt, sich immer stärker die Entscheidungsprozesse des Staates anzueignen. Dies nennen wir den integralen Staat. Zweifellos stellt dieser eine Überwin-

nung der dialektischen Spannung zwischen dem Staat (als einem Apparat, der auf eine Konzentration der Entscheidungen abzielt) und den sozialen Bewegungen (als einem Apparat, der auf eine Dekonzentration und eine Demokratisierung von Entscheidungen abzielt) dar. Dabei handelt es sich sicher um einen Prozess, der nicht kurzfristig abgeschlossen werden kann. Vielmehr erfordert dies einen langen historischen Prozess mit Erfolgen und Rückschlägen, der von Ungleichheiten gekennzeichnet sein wird, die das Barometer zur einen oder anderen Seite hin werden ausschlagen lassen und dadurch sowohl die Arbeitsfähigkeit der Regierung wie auch die Demokratisierung der Entscheidungen in Frage stellen werden. Und es ist auch tatsächlich nichts von vornherein abgesichert. Es bleibt nur, mit diesem Widerspruch zu leben und ihn in allen seinen Ausformungen und Potenzialen auszubreiten.

Nur der Kampf wird den Widerspruch Jahrzehnte oder Jahrhunderte lang lebendig halten können, damit zu einem bestimmten Zeitpunkt die Auflösung des Staates in die Gesellschaft, als historische Lösung dieses Konflikts, stattfinden kann.

Zweites Spannungsfeld: Hegemoniale Flexibilität angesichts der Standfestigkeit im sozialen Kern

Eine zweite Spannung besteht zwischen der sozialen Reichweite des revolutionären Prozesses (die jüngste Integration vieler Sektoren) und der Notwendigkeit zu garantieren, dass der Prozess von den indigenen und bäuerlichen Schichten, von ArbeiterInnen und den armen Bevölkerungsschichten angeführt wird. Dabei handelt es sich um eine kreative Spannung, die zum Beispiel zwischen ArbeiterInnen, HandwerkerInnen und Angestellten auf der einen Seite und dem privaten Unternehmenssektor auf der anderen Seite, sichtbar wird. Die Lösung für diese Spannung besteht in der Erweiterung, Öffnung und Umwandlung des Begriffes „Volk“, auf – ausnahmslos – alle Boliviane-

rInnen, die für die Entkolonialisierung und den Plurinationalen Staat eintreten, für die Gleichheit der Völker, die demokratische Autonomie bei Entscheidungen, den Kommunitarismus und die essentielle Bedeutung der Industrialisierung in der pluralistischen Wirtschaft, kurzum: die sich für das Gute Leben einsetzen.

Doch wenn man eine breite soziale Masse involvieren muss, die weitgefächerte Sektoren umfasst – einschließlich miteinander verflochtener Unternehmensektoren mit einer tief patriotischen Gesinnung – ist es unabdingbar, den harten Kern der Revolution zu stärken und zu festigen. Das sind die Armen und die „einfachen Leute“, die Bauern und die Indigenen, die ArbeiterInnen, die Nachbarschaft, die – im Guten wie im Schlechten – der Kern, das Bollwerk und die Garantie für eine zielführende und gerechte Lenkung des Prozesses sind. Es gibt weder ein Rezept noch ein Modell, um diesem bei der Schaffung von Hegemonien impliziten Widerspruch zu entgehen. Nur die Debatte, die Spannungsfelder und kontinuierliche Korrekturen zwischen der entschlossenen Führung des sozial-revolutionären Kerns und der hegemonialen Erweiterung können diesen notwendigen Widerspruch glätten und als Impuls für die revolutionäre Dynamik kanalisieren.

Drittes Spannungsfeld: Allgemeine Interessen versus Einzelinteressen.

Eine dritte kreative Spannung in unserem Prozess des Wandels und gleichzeitig diejenige mit der größten Intensität, die sich vor einem Jahr manifestiert hat, ist die Spannung zwischen dem allgemeinen Interesse der ganzen Gesellschaft und dem besonderen Interesse eines individuellen Segments der Gesellschaft. Widerstreit zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen, zwischen dem allgemeinen und kommunitären Kampf einerseits und der Erfüllung individueller, sektorbezogener, Partikular- und Privatinteressen andererseits. Es ist diese Spannung im Inneren der sozialen Basisbe-

wegung zwischen dem Allgemeinen, das allen zugute kommt, und dem Partikulären für einige Wenige, die wir seit dem Jahr 2010 erleben. Der Sieg des universalistischen Willens der Bewegung aus ArbeiterInnen, Indigenen und Basisgruppen wird die expansive und hegemoniale Konsolidierung des revolutionären Prozesses ermöglichen. Ein Triumph der Partikularinteressen von Unternehmen und Verbänden im Handeln des Volkes würde hingegen den Beginn eines degenerativen Prozesses der Revolution markieren. Gleichzeitig wäre dies das Startsignal für einen wieder erstarkten konservativen Unternehmerblock, der dem Volk entgegensteht. Doch das verstehen einige wankelmütige Intellektuelle nicht, die die Realität durch ihre konzeptuellen Ausschweifungen ersetzen, die sich nie in der Hitze der Schlacht des gemeinen Volkes bewähren mussten und die jetzt, angesichts der neuen und unvermeidbaren Schwierigkeiten dieser Phase, das Boot verlassen, auf das sie aufgesprungen waren, weil es gerade schick war, nur um jetzt an den Busen der Mittelschicht zurückzukehren, von dem sie sich nie gelöst hatten. Diese Spannung zwischen den universellen Forderungen und den partikulären Forderungen im Innern des Volkes waren von Beginn an vorhanden und tatsächlich ist die Revolution die ständige „Revolutionierung“ des kollektiven Selbst des Volkes, als ein fragmentiertes, individualisiertes und dominiertes Subjekt, das sein kollektives „gemeinschaftliches“ Sein aus sich selbst heraus erschafft, ein ums andere Mal, durch einen ständig neu beginnenden Zyklus der Vereinigung.

Allerdings waren diese Spannungsfelder zuvor nicht so offensichtlich und einschneidend genug, um die Epoche entscheidend zu prägen. Jetzt ist dies jedoch der Fall und der Beginn dieser neuen Etappe in der Mobilisierungskurve kann auf Anfang 2010 datiert werden. Der Widerstand einer Reihe von Sektoren gegen die Angleichung der Treibstoffpreise, die Mobilisierungen der CIDOB, in denen sie körperschaftliche Pfründe forderten, die nachfolgenden Proteste von Leh-

rerInnen, Institutionen und Organisationen aus dem Gesundheitsbereich und anderer sind Zeichen dafür, dass jene, konjunkturell bedingt, in dieser Zeit ihren Kampf dem Erreichen partikulärer Ziele widmeten so, als hätten sie den revolutionären Prozess völlig vernachlässigt. Die Regierung von Evo Morales ist zu jeder Zeit bemüht, diese Spannung aufzulösen und dabei die kollektiven Interessen zu berücksichtigen, die über den Lohnerwartungen einiger Führungspersonen stehen. Auf jeden Fall ist offensichtlich, dass diese Spannung dadurch gelöst werden wird, sobald die demokratische und kulturelle Revolution die Umverteilung der Reichtümer verstärkt.

Viertes Spannungsfeld. Die Industrialisierung versus das Gute Leben.

Die Verstaatlichung der Ressourcen kann nicht vollständig umgesetzt und erweitert werden, wenn nicht eine zweite Phase durchlaufen wird: die Industrialisierung. Im Zeitraum von 2006 bis 2009 bemühte sich die Regierung schnell um die erneute Vergesellschaftung von Staatsunternehmen, die zuvor privatisiert worden waren. Es wurden der Erdöl- und Erdgassektor verstaatlicht sowie die Unternehmen Huanuni, Vinto, Entel und Ende. Und ab 2010 wurde mit der so genannten zweiten Phase des Verstaatlichungsprozesses begonnen, bestehend aus der Industrialisierung als einem wirksamen Mechanismus zur Erzeugung von Überschüssen. Gleichzeitig jedoch generiert diese wirtschaftliche Anstrengung zur Schaffung von Überschüssen, die an die ganze Gesellschaft umverteilt und zur Erhöhung des nicht kapitalistischen Gebrauchswerts verwendet werden sollen, eine ganze Reihe von Auswirkungen: Schäden an der Natur, an der Umwelt, an der Erde, an den Wäldern, an den Bergen. Betroffen ist die Natur in all ihren Facetten, die Mutter allen Lebens. Dies hat auch fatale Auswirkungen auf den Menschen.

Karl Marx schlug „die Naturalisierung des Menschen und Humanisierung der Natur“

als Alternative zum gesellschaftlichen Selbstmord und zur Zerstörung der Natur vor, die blind von der kapitalistischen Logik der Verwertung des Werts vorangetrieben werden. Dies bezeichnet Marx als Kommunismus, als die totale Verwirklichung der Logik des „Gebrauchswertes“ der Natur im Menschsein und des wirklichen Menschseins in der Natur. Darauf beruht das Gute Leben: Wissenschaft, Technologie und Industrie werden nicht dafür benutzt, Reichtum zu schaffen, sondern für den Bau von Straßen, für die Schaffung von Gesundheitsstationen und Schulen, für die Produktion von Nahrungsmitteln und dafür, die Grund- und steigende weitere Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Doch ebenso müssen wir die fundamentale Struktur unserer natürlichen Umgebung erhalten, für uns selbst und künftige Generationen, die in der Natur die grenzenlosen Kapazitäten für die Erfüllung ihrer sozialen Bedürfnisse haben werden. Dieses kreative Spannungsfeld hat der Präsident als kommunitären Sozialismus des Guten Lebens bezeichnet. Die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen durch den belebenden Dialog mit der Natur, die geschützt wird, um dadurch auch Schicksal und Gemeinwohl künftiger Generationen aller Lebewesen zu sichern.

Dies sind die kreativen Spannungsfelder innerhalb der Basisbewegungen. Es handelt sich dabei um immanente Widersprüche eines revolutionären Prozesses, der sich Problemen, Spannungen und neuen, unvorhergesehenen und ungeplanten Auseinandersetzungen gegenüberstellt, denn so sind die wahren Revolutionen. Diejenigen, die glauben, Revolutionen seien ein Glas Milch aus absoluter Einigkeit wissen nicht, wovon sie reden, und Revolution ist für sie nur ein Wort, das sie aus Büchern kennen und missverstanden haben. Revolutionen nehmen keinen zuvor festgeschriebenen Weg; wenn dies so wäre, handelte es sich nicht um Revolutionen, sondern um bürokratische Entscheidungen einer Macht, die es geschafft hat, dem Volk die Seele zu rauben. Revolutionen schreiten voran, geraten ins Stocken,

erleiden Rückschläge, gehen wieder voran, um erneut zu straucheln und wieder aufzustehen, oft, ohne zu wissen, worin der nächste Schritt besteht. Sie erschaffen ihren Weg zu jedem Zeitpunkt selbst.

Quelle: La Razón, 5. Juni 2011⁸

*Übersetzung:
Bettina Hoyer und Sebastian Landsberger
(lingua.trans.fair)*

⁸ http://www.la-razon.com/version_temp.php?ArticleId=1711&EditionId=2550&idp=42&ids=333

Anhang 2:

Manifest der Plurinationalen Koordination der Neuausrichtung. **Für die Wiederaneignung des Wandlungsprozesses durch das Volk und für das Volk**

Brüder und Schwestern: Wir, die wir dieses Manifest unterzeichnen, begreifen uns nicht als RepräsentantInnen. Wir kommen lediglich der moralischen Verpflichtung nach, angesichts der schwierigen Momente, die unser Land derzeit durchlebt, unsere ehrlichen und engagierten Stimmen zu erheben. Wir identifizieren uns dabei mit dem, was viele Bolivianer und Bolivianerinnen derzeit denken und fühlen. Wir rufen dazu auf, eine Plurinationale Koordination der Neuausrichtung zu schaffen, um uns den Prozess des Wandels wieder anzueignen und schlagen die umgehende Schaffung von Dialogräumen vor, damit diese umfassend genutzt werden können.

Als wir Bolivianerinnen und Bolivianer im Jahr 2000 mit den Formen von Politik und Wirtschaft brachen, zu denen uns alle Regierungen verdammt hatten, indem sie uns fast alles Materielle und Spirituelle nahmen, entschieden wir, uns zu erheben und die Dinge selbst zu verändern. Auf diese Weise besiegten wir den gemeinsamen Feind unseres Volkes und von anderen, uns ähnlichen Völkern: Den Kolonialstaat, die schlechten Regierungen, den Imperialismus, die Herrschaftsformen der kapitalistischen Weltordnung, Finanzinstitutionen wie den Internationalen Währungsfonds oder die Weltbank, transnationale Unternehmen, die MittlerInnen der Bourgeoisie, regionale Oligarchien, politische Parteien und repressive Apparate. Zu unseren Waffen zählten Steine und Stöcke, vor allem aber die Fähigkeit, uns zu empören und zu kämpfen. Fähigkeiten, die wir uns angeeignet haben angesichts der Geringschätzung, mit der man uns regierte und unterdrückte – immer in unserem Namen und zum Vorteil der anderen, der privilegierten Eliten und des transnationalen Kapitals. Unsere Form war die Mobilisierung

von Protesten, daher beziehen wir uns auf die sozialen Bewegungen und die indigenen, autochthonen bäuerlichen und afrobolivianischen Völker und Nationen. Wir haben die Form der Demokratie praktiziert, die wir immer gefordert haben: die direkte, partizipative, ohne VermittlerInnen, in Versammlungen und Räten, auf Plätzen, in den Straßen, Gewerkschaften, Gemeinden und Ayl-lus, beratend, entscheidend und durchführend, was wir beschlossen hatten, die Straßen einnehmend, die Plätze, Wege und Territorien. Wir änderten den Kurs der Ausplünderung unsere Gemeingüter und unseres nationalen Erbes, das die Generationen unserer Väter und Großväter, Mütter und Großmütter geschaffen hatten und entschieden, wie schon in den Jahren 2000, 2003 und 2005, dass sie - ohne Ausnahme und ohne Diskriminierung - dem Wohlergehen, der Würde und Freiheit derjenigen zugute kommen sollen, die in diesen Territorien leben. Wir besiegten das neoliberale Projekt, die einseitige und ausschließende Parteipolitik, die einem Zirkus ähnelte, merkantilistisch und korrupt, und gaben dem Politischen wieder einen ethischen Sinn, indem wir darin die kollektive Fähigkeit verstanden, eine gemeinsame Zukunft zu schaffen. Auf diese Weise begannen die einfachen und arbeitenden Leute aus Stadt und Land, aus den Gemeinden, das Proletariat, die BürgerInnen, mit ihrem Kampf und ihrer Hoffnung und aus ihren Gemeinden und Basisorganisationen heraus, mit dem Prozess des Wandels. Sie gaben ihm das Ziel, die ungerechten Verhältnisse, die immer geherrscht hatten, grundlegend zu transformieren und einen neuen Staat zu schaffen und eine neue Gesellschaft, in der alle Menschen in Gleichheit, Gerechtigkeit und brüderlicher Harmonie miteinander leben – sowohl

untereinander, als auch in der großen Lebensgemeinschaft auf unserer Mutter Erde. Heute, im Jahr 2011, im fünften Jahr der Regierung und zu Beginn der zweiten Amtszeit von Präsident Evo Morales, fragen wir uns: Was ist geschehen? Wie sind wir hierher gelangt, in eine Krise dieses Prozesses? Wie geht es uns? Was ist das für eine Situation und was die Zukunft des Wandlungsprozesses, den wir mit allen begonnen haben und in den wir unsere Hoffnungen auf eine bessere kollektive Zukunft gesetzt haben?

I. Zur Wirtschaft

Heute befindet sich die große Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich in derselben Situation von Armut, Bedürftigkeit und Angst, in der sie immer gewesen ist. Es hat den Anschein, dass diejenigen ihre Situation verbessern konnten, denen es schon immer gut ging: die Bankiers, die transnationalen Erdöl- und Bergbauunternehmen, die SchmugglerInnen und die DrogenhändlerInnen. Der *gasolinazo* vom 26. Dezember (2010) hat gezeigt, dass der Kurs dieser Regierung in Sachen Wirtschaft dahin geht, jene alten Strukturen zu reproduzieren und wieder entstehen zu lassen, die historisch gesehen das Land in Armut und Unterdrückung führten, statt andere, neue, gerechte und befreiende Strukturen zu schaffen, wie es das Mandat des bolivianischen Volkes fordert.

5 Jahre nach der Verstaatlichung haben die transnationalen Firmen weiter die Kontrolle über unsere Erdölfelder.

Für eine reale und effektive Umsetzung der am 1. Mai 2006 angeordneten Verstaatlichung, hätte es einer schnellen Abfolge von Maßnahmen in Bezug auf die materielle Inbesitznahme der Erdölvorkommen in der gesamten Produktionskette durch den Staat respektive durch YPFB⁹ bedurft. Aber dieser Prozess hat sich bis heute nur auf die Wiederinbesitznahme der sekundären Sektoren

von Transport und Veredelung beschränkt. Fünf Jahre nach seiner Neugründung betreibt YPFB, abgesehen von einigen möglichen, aber irrelevanten Ausnahmen, kein einziges Erdölfeld und zeigt weder Bemühungen, seine Strategie einzubringen, noch die nationalen Interessen gegenüber denen internationaler Vertragsfirmen durchzusetzen, wie es dem unveräußerlichen Eigentumsrecht des bolivianischen Staates und dem Diskurs von „Partner statt Chefs“ entsprechen würde. Die Inkonsequenz bezüglich der nationalen Interessen hat zu der unbegreiflichen Situation geführt, dass die Aktienmehrheit an besagtem Erdölunternehmen zu hohen Preisen erworben wurde, um anschließend den transnationalen Partner die Anlage betreiben zu lassen und diesem, in der Folge, faktisch die Verfügungsgewalt über den Produktionsprozess zu übertragen. Die vorgeblich verstaatlichten, transnationalen Erdölunternehmen haben von unrechtmäßigen und riesigen Entschädigungen profitiert, die YPFB übernahm. Das war beispielsweise bei Transredes der Fall. Das Unternehmen wurde mit 241 Mio. US-Dollar entschädigt, obwohl es in den Jahren zuvor Straftaten begangen und dem Staat großen Schaden zugefügt hatte. Ein ähnlicher Fall waren die Entschädigungen für Investitionen, die mit Schulden finanziert wurden, für die YPFB aufkam. An andere zahlt YPFB die Kosten vergangener Investitionen zurück, über die sie weiter verfügen können und von denen sie weiter profitieren. Diese Ausgaben belaufen sich auf insgesamt 1,5 Mrd. US-Dollar. An alle Vertragsfirmen zahlt YPFB gemäß der Vereinbarung über erstattungsfähige Ausgaben große Mengen Geld, die allein im Jahr 2010 eine Summe von 640 Mio. US-Dollar erreichten. Dieses Konzept kann wegen seiner breiten Auslegungsmöglichkeit und seiner Mehrdeutigkeit auf eine Vielzahl von Situationen angewandt werden, von denen viele jeglicher gesetzlicher Grundlage entbehren und sich der Kontrolle durch YPFB entziehen. Die transnationalen Konzerne profitieren zudem von der Steuerrückerstattung bei Transaktionen (IT),

⁹ Yacimientos Petroliferos Fiscales Bolivianos –die bolivianische Ölgesellschaft

obwohl diese Steuern letztendlich auf die KonsumentInnen abgewälzt werden. Schließlich wurden einige Unternehmen, wie PETROBRAS, unrechtmäßig beim Export von bolivianischem Gas bevorzugt, das einen hohen Energiewert hat, der sich aber nicht im Kaufpreis widerspiegelt.

Ungeachtet aller unrechtmäßigen Privilegien, derer sich die Firmen erfreuen und der anhaltenden Kontrolle über den Produktionsprozess, tragen die transnationalen Erdölfirmer im Jahr 2010 mit nur 1,528 Mrd. US-Dollar (an Gebühren und Direktsteuern für Erdöl und Gas) zum Staatshaushalt bei. Doch wenn wir davon die 640 Mio. US-Dollar abziehen, die diese Erdölfirmer im selben Jahr als Rückzahlungen für erstattungsfähige Kosten vom YPFB fordern, beläuft sich ihr tatsächlicher Beitrag auf nur noch 888 Mio. US-Dollar. Alle anderen Unternehmen zusammen zahlten im selben Jahr insgesamt 857 Mio. US-Dollar an Steuern. Das heißt: Alle UnternehmerInnen zusammen trugen im Jahr 2010 mit 1,746 Mrd. US-Dollar zum Staatshaushalt bei. Demgegenüber zahlten KonsumentInnen und BürgerInnen bzw. die Bevölkerung durch eine Vielzahl unterschiedlicher Steuern ungefähr 2,3 Mrd. US-Dollar im Jahr 2010 – die Eigentumssteuern nicht mit eingerechnet. Anders ausgedrückt, das Volk unterstützt den Staat mit wesentlich größeren Summen als die Unternehmen.

Demgegenüber leidet der YPFB an einem ständigen Kapitalverlust, da er die Entschädigungszahlungen sowie die Begleichung der Rückerstattungen von Investitionen und Transaktionssteuern an die transnationalen Konzerne übernehmen muss. Auch die Zahlung der Boni „Juancito Pinto“ und „Juana Azurduy“ sowie der „Würdigen Rente“ wurde dem wirtschaftlich schwächelnden Unternehmen aufgebürdet. Gleichzeitig leidet YPFB an einer großen operativen Schwäche. Das wurde deutlich, als YPFB zur relativen Kompensation seines ständigen Kapitalverlustes 1 Mrd. US-Dollar aus internationalen Reserven erhielt. Innerhalb von zwei Jahren war man nicht in der Lage,

wenigstens einen Bruchteil des Geldes zu investieren.

Während die Macht der transnationalen Erdölkonzerne sich mit jüngerem Gesicht neu strukturiert hat und diese weiterhin den Großteil ihrer Kontrolle über das bolivianische Erdöl beibehalten konnten, hat sich YPFB neu gegründet; am Boden unter dem Druck von Schulden und Sozialleistungen, von der Unsteuerbarkeit und klientelistischen Führung, die bereits in der Vergangenheit seinen Ruin bedeutet hatten. Deshalb ist YPFB fünf Jahre nach seiner Neugründung ein schwaches und marginales Unternehmen in der Erdölproduktion. Das Unternehmen konnte die Außenseiterrolle, zu der es der Neoliberalismus verdammt hatte, nicht auf effektive und grundlegende Weise überwinden, und es ist nicht in der Lage, eine Unternehmensstrategie zu entwickeln, die eine effektive nationale Wiederaneignung des Erdöls ermöglichen würde.

Bolivien finanziert transnationales Finanzkapital mit seinen internationalen Reserven

Um den guten Zustand der nationalen Wirtschaft und den Erfolg seiner Wirtschaftsmaßnahmen zu demonstrieren, verweist die Regierung von Evo Morales auf die Existenz internationaler Finanzreserven in Höhe von 10,7 Mrd. US-Dollar. Dies sind Dimensionen, die nie zuvor erreicht worden waren. Trotzdem ist der Nutzen, den das Land und insbesondere die Mehrzahl der sozialen Sektoren von den besagten Reserven hat minimal und zweifelhaft, wohingegen der Nutzen für das transnationale Finanzkapital offensichtlich ins Auge fällt.

Praktisch wurde ein Großteil der Reserven für den Kauf von Obligationen von Banken und ausländischen Regierungen, etwa von Portugal und den USA, verwendet. Allein im ersten Halbjahr 2010 hat Bolivien 734 Mio. US-Dollar in US-Staatsanleihen mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 2 Prozent erworben. Das heißt, die vorgeblich antiimperialistische Regierung Boliviens

finanziert mit den mühsam erworbenen Ersparnissen des Landes den Staatsschatz eben dieses Imperiums.

Die Regierung Boliviens kaufte im ersten Halbjahr 2010 außerdem Obligationen der Banco Bilbao Vizcaya-Argentaria de España im Wert von 1,29 Mrd. US-Dollar. In diesem Fall weist die bolivianische Investition den außerordentlich geringen Zinssatz von rund 0,25 Prozent auf, während die Weltbank an Bolivien Kredite zu einem Zinssatz in Höhe von 0,5 Prozent vergibt, bei der Andinen Entwicklungsbank sind es 2,5 Prozent und bei den solidarischen Krediten aus Venezuela 2 Prozent. Das heißt, die Regierung von Evo Morales nutzt den Staatsschatz des bolivianischen Volkes, um transnationalen Banken Kredite zu einem Zinssatz zu gewähren, der um das Achtfache geringer ist, als die von Venezuela an Bolivien gewährten Solidaritätskredite. Die „antikapitalistische“ und „antiimperialistische“ Regierung von Evo Morales ist viel großzügiger und solidarischer mit der transnationalen Bank, dem aggressiven und harten Kern des weltweiten Finanzkapitals, als Präsident Hugo Chávez mit Bolivien.

Wenn man aber die Bedeutung und Verfügbarkeit der internationalen Reserven in Betracht zieht, muss man dabei die annähernd 4 Mrd. US-Dollar berücksichtigen, die Bolivien für seine Importe aus dem Ausland zurückstellen muss, und dass dieser Betrag den Auslandsschulden gegenübergestellt werden muss, die momentan 3 Mrd. US-Dollar betragen.

Kurzum, trotz eines hochtönenden antikapitalistischen und antiimperialistischen Diskurses hat die Regierung von Evo Morales reiche Länder sowie eine transnationale Bank mit 2,5 Mrd. US-Dollar finanziert, Geld aus dem nationalen Staatsschatz von einem der ärmsten Länder des Kontinents, das zu niedrigsten Zinssätzen verliehen wurde. Gleichzeitig war die Höhe der öffentlichen Gelder, die in produktive Sektoren des Landes investiert wurden, verschwindend gering und absolut unzureichend. Und das, obwohl sich darunter viele

Unternehmensvorhaben befinden, die eine viel höhere Rendite erbringen würden, als die kärglichen Zinsen, die von der US-Staatsbank und der Banco Bilbao Vizcaya gezahlt werden. Angesichts fehlender öffentlicher Investitionen für die allgemeine Entwicklung der Produktion des Landes wurden einige große Chancen für die Diversifizierung der Wirtschaft durch Produktionsanreize verpasst. Das betrifft die Suche nach Eigenständigkeit, die Ernährungssouveränität und die Reduzierung technischer Abhängigkeit oder auch den effektiven Wiederaufbau und die Unterstützung von strategisch wichtigen Unternehmen für das Land, unter gleichzeitiger Öffnung von Räumen für die Entfaltung der sozialen und kommunitären Wirtschaft, wie es in der Verfassung vorgesehen ist.

Diese letzten Bemerkungen veranlassen uns zu den nachfolgenden Ausführungen, deren Inhalt noch bestürzender und frustrierender für den Prozess des Wandels ist, der auf diese Weise von dem revolutionären Anliegen, einen kommunitären und sozialen Sektor der Wirtschaft zu schaffen und zu entwickeln, abgekommen ist - einer programmatischen Festlegung im Rahmen des Zieles, ein neues Wirtschaftsmodell zu schaffen, das von authentischer Gleichheit und weitreichender sozialer Inklusion gekennzeichnet ist und zu einer neuen Gesellschaft hinführen würde, nach der sich die BolivianerInnen sehnen. Wir sprechen hier von der Perspektive einer pluralen, integrierten Wirtschaft, gegliedert und komplementär, mit dem Ziel, vom extraktivistischen Modell zu einem produktiven Modell zu gelangen, das auf der Ernährungssouveränität beruht, das alternative zivilisatorische Modell des Guten Lebens gestaltend.

Die Geißel des extraktivistischen Modells

Wir haben das extraktivistische Modell nicht verlassen, eher haben wir für sein Fortbestehen gesorgt, indem wir die Fesseln unserer Abhängigkeit vom Zentrum des weltweiten kapitalistischen Systems verstärkt haben,

indem wir uns der internationalen Arbeitsteilung und den Bedingungen des internationalen Marktes unterworfen haben, indem wir unsere natürlichen Ressourcen und Werte auf die Altäre der weitergehenden Akkumulation des Kapitals übertragen haben, während wir uns im Inland entakkumuliert und somit die uns durch den Kolonialismus und den Kapitalismus auferlegte Geißelung, ein extraktivistisches Land zu sein, wieder übernommen haben. Dabei geht es laut Verfassung und gemäß einer Übereinkunft doch künftig darum, das extraktivistische Modell zu verlassen, ein ertragreiches und zweckdienliches Modell neuer sozialer Beziehungen in der Produktion zu schaffen, das auf Solidarität, Komplementarität und Gegenseitigkeit beruht. Dabei geht es doch darum, aus der Abhängigkeit und Unterwerfung unter dem weltweiten kapitalistischen Modell zu entkommen und eine andere alternative Welt zu ermöglichen, indem Wege zu einer transformatorischen und emanzipatorischen Transition geöffnet und die umfangreichen kommunitären Traditionen wiederentdeckt werden, indem soziale und gesellschaftliche Initiativen mobilisiert werden.

Das schlimmste an diesem extraktivistischen Modell ist die Tragweite der Zerstörung, des Raubbaus und der Umweltschäden an jenen Orten, die der kapitalistische Bergbau erreicht hat und wo er die Erde durch den Tagebau vernichtet. Der kapitalistische Rohstoffabbau hinterlässt längst nicht mehr nur Friedhöfe des Bergbaus und Löcher im Untergrund, sondern mittlerweile auch trostlose und völlig aus dem ökologischen Gleichgewicht geworfene Regionen, ohne dass BewohnerInnen, Gemeinden, Bauern und Bäuerinnen, kurzum, die BolivianerInnen für diese hohen ökologischen Kosten entschädigt würden. Die Zerstörung wird sich auf lange Sicht auf andere Bereiche auswirken, sie führt zur Ausplünderung in anderen, damit verbundenen wirtschaftlichen Räumen, im Sozialen zerstört sie die Fähigkeit zum Zusammenhalt, im kulturellen die symbolischen Netzwerke und im ethischen Bereich stürzt sie die Leute in den Abgrund des mo-

ralischen Verfalls.

Die Erpressung durch genveränderte Organismen (GVO)

Dass die Regierung die Legalisierung genveränderter Organismen (GVO) vorantreibt, setzt dem ganzen die Krone auf. GVO sind Produkte, die unter der Kontrolle und dem Monopol von acht transnationalen Unternehmen entstehen, die ein Attentat auf das Leben begehen, auf die Lebenszyklen, die komplementäre Ganzheitlichkeit aller Lebewesen. Die Regierung lässt zu, dass die transnationalen Unternehmen aus der Reproduktion des Lebens und deren Vermarktung Macht schöpfen und damit die Bauern und Bäuerinnen, Gemeinden und KonsumentInnen erneut den Kreisläufen des Profits unterworfen werden und völlig von ihnen abhängig sind. Dieses Vorgehen der Regierung mit Beihilfe des Parlaments enthüllt die gegenwärtigen Absprachen und Allianzen der Regierenden mit den transnationalen Unternehmen, den Firmen der Agrarindustrie, den regionalen Oligarchien und den wirtschaftlich dominierenden Klassen. Sichtbar wird auch der doppelte Diskurs: auf der einen Seite wird die Verteidigung der Mutter Erde propagiert, auf der anderen Seite wird alle Macht darauf verwendet, mit dem Raubbau und der Zerstörung von Ökosystemen fortzufahren. Die Inhalte des Gesetzes der Mutter Erde, das auf der Agenda des Parlaments steht, finden keinerlei Beachtung.

Mehr Schulden, die auf den Schultern der BolivianerInnen lasten

Angesichts der Tatsache, dass die Einnahmen des Staates nicht ausreichen - was durch das Steuerdefizit deutlich wird, in das man hineingerutscht ist - und einer profitorientierten Politik, einer wachsenden Bürokratie und großen Zugeständnissen an die transnationalen Konzerne, hat die Regierung für ein schnelles Ansteigen der öffentlichen Schulden gesorgt. Allein die Netto-

Neuverschuldung durch Kredite bei internationalen Institutionen und bei anderen Staaten beträgt im Jahr 2011 rund 1,5 Mrd. US-Dollar. So näherte sich die Auslandsverschuldung Ende 2010 dem Betrag von 3 Mrd. US-Dollar. Der andere Teil der Finanzierung des Staates, die Inlandsschuld, ist ebenfalls stark angewachsen und war 2010 höher als 4,5 Mrd. US-Dollar. Insgesamt belaufen sich die Schulden des bolivianischen Staates bereits jetzt auf mehr als 7,5 Mrd. US-Dollar.

Doch für die Regierung scheint diese gigantische Verschuldung weder auszureichen noch irgendein Problem darzustellen, denn sie entschied sich, den Schuldenberg noch weiter anwachsen zu lassen. Daher hat der Wirtschaftsminister angekündigt, allein im Jahr 2011 Staatsanleihen der bolivianischen Regierung im Wert von 5 Mrd. US-Dollar auf dem internationalen Finanzmarkt anzubieten. Die Fortsetzung dieser Politik ist ein ernster Angriff auf die nationale Wirtschaft. Wenn sich die neuen Verschuldungspläne manifestieren sollten, werden wir BolivianerInnen diese Schulden niemals mehr vollständig begleichen können, deren Gewicht all unsere Initiativen und Anstrengungen einer souveränen Entwicklung ersticken und zermalmen wird, eine schmerzliche Erfahrung, die bereits auf dem ganzen Kontinent gemacht worden ist.

Die Regierung hat vor, neue Einkommen auf Kosten der einfachen Leute zu erwirtschaften – genauso wie in der Vergangenheit auch die neoliberalen Regierungen argumentierten und agierten. So hat man die Versicherungen der ArbeiterInnen als Geldquelle ausgemacht. Diese möchte man gegen den Willen ihrer BesitzerInnen nutzen, ohne deren Rechte oder die Autonomie der Institutionen zu respektieren. Zudem sind im Gesetzesprojekt für ein Neues Gesetz der Erdöl- und Erdgasvorkommen eine Reihe von Steuern auf Bruttoverkäufe vorgesehen, die unweigerlich auf die Bevölkerung abgewälzt werden, die ihre Einkommen durch die Inflation bereits hat dahinschmelzen sehen. Dies ist der Schatten eines neuen, noch viel

versteckteren *gasolinazos*, der sich über den Köpfen des bolivianischen Volkes zusammenbraut.

II. Zur Politik

Auch das Feld der Politik, das heißt die Errichtung einer partizipativen Demokratie, war Schauplatz großer Kapitulationen seitens der Regierung und, nachfolgend, tiefer Enttäuschungen beim Fortschreiten des Wandlungsprozesses.

Das souveräne Mandat des bolivianischen Volkes, klar formuliert in der neuen Verfassung (CPE), bestimmt als oberstes Ziel die Schaffung eines Kommunitären Plurinationalen Staates, der als emanzipatorische Integration der bolivianischen Gesellschaft gedacht ist und die Demokratie durch direkte und kommunitäre Formen ausweitet, die in lokaler und ethnischer Selbstverwaltung, in den indigenen Autonomien, den Autonomien der Departments, Bezirken und Regionen ihren Ausdruck findet. Der Plurinationale Kommunitäre Staat kann keinesfalls die Verletzung der traditionellen repräsentativen Demokratie bedeuten, sondern deren Vertiefung und historische Vervollständigung, indem der gesamten Gesellschaft mehr Rechte, Garantien, Freiheit und vor allem Partizipation bei staatlichen Entscheidungen gewährt werden, zusammengefasst: mehr Demokratie. Dennoch hat die Regierung von Evo Morales sich für eine nicht zu verheimlichende antidemokratische Option entschieden: Sie hat wiederholt die neue CPE verletzt, die erst jüngst durch den erhofften Willen zur demokratischen Transformation vom bolivianischen Volkes bestätigt worden war, und hat die authentische Schaffung des Plurinationalen Staates aufgegeben.

Die demokratischen Prinzipien wurden verletzt

Die schwerwiegenden Angriffe auf die Demokratie und die Verletzungen der neuen CPE begannen mit der Überschreitung des grundlegenden demokratischen Prinzips der

Unabhängigkeit der Gewalten, als die Exekutive, mit unterwürfiger Billigung des Parlaments, von oben herab und auf willkürliche Art und Weise die wichtigsten VertreterInnen der Judikative benannte. Die Unterordnung der Justizverwaltung unter den Willen der Zentralregierung - an sich schon eine Offenbarung - hat unter den BürgerInnen berechnete Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit sowie an der Transparenz und Legitimität geweckt, die der allgemeinen Wahl der Justizbeamten gegeben werden wird. Schlimmer noch, die besagte Unterordnung findet ihre lange und beschämende Bestätigung in vielfachen und unauffälligen Maßnahmen, mit denen die Regierung verschiedene öffentliche Einrichtungen instrumentalisierte, die mit der Justizverwaltung in Verbindung stehen - um so die Opposition und politische DissidentInnen auszuschalten oder zu unterdrücken. Über den autoritären Duktus hinaus bedeutete dieses an den Tag gelegte Verhalten eine Verharmlosung der wirklich Korrupten in der traditionellen Parteienherrschaft, indem man Letztere mit den Opfern einer ungerechten politisch-juristischen Repression gleichsetzte, weil ihnen dieselbe willkürliche Behandlung widerfuhr und sie dadurch ebenfalls zu Opfern gemacht wurden. Ansonsten kontrastiert die übertriebene Geschwindigkeit und die Schwäche der Begründungen, mit denen Oppositionelle verurteilt und ihrer Ämter enthoben werden, mit der nachsichtigen Langsamkeit und Untätigkeit angesichts der wachsenden Korruption von RegierungsbeamtenInnen.

Zur selben Zeit hat die Regierung Evo Morales eine starke autoritäre Wendung gegenüber der gesamten Gesellschaft vollzogen. Während man beispielsweise proklamiert, gehorchend zu regieren, tut man dies in Wirklichkeit von einem kleinen Machtzirkel aus und fällt dort die Entscheidung über die kollektive Zukunft. Deshalb wurden alle Möglichkeiten umgangen oder zunichte gemacht, die eine effektive soziale Partizipation bei der Lenkung des Prozesses erlaubt hätten bzw. hat man diese Möglichkeiten auf

unbedeutende protokollarische Übungen reduziert. Auf die legitimen Forderungen und Proteste, mit denen die Sektoren der Bevölkerung ihre Rechte einfordern und ihre Interessen verteidigen, wurde mit verleumderischer Herabqualifizierung, mit systematischer Einschüchterung oder gewaltsamer und brutaler Repression reagiert. Dies ist im Fall der LohnarbeiterInnen besonders deutlich geworden, wo die Regierung auf den Kampf der ArbeiterInnen gegen die prekären Bedingungen, unter denen sie leiden, sowie die Unkenntnis ihrer sozialen Rechte mit Verleumdung, Einschüchterung und Repression antwortet. Die Regierung von Evo Morales verschleiert ihre Regierungsgeschäfte in massiver Intransparenz, mit der sie sich der Kontrolle durch die BürgerInnen entzieht, indem sie die Verbreitung der Informationen zur Lenkung des Staates auf eine mittelmäßige propagandistische Tätigkeit reduziert.

Und schlussendlich verbinden sich der autoritäre und repressive Führungsstil der Regierung mit dem Reproduzieren althergebrachter Praktiken des Prebendalismus¹⁰ und einer Verteilung der öffentlichen Ämter gemäß von Verbandsinteressen, die bereits den oligarchischen und kolonialen Staat kennzeichneten, die die öffentliche Funktion (des Staates, Einfg. d. Ü.) entwerten und den Basisorganisationen ein entwürdigendes Dasein im Rahmen politischer Dienstbarkeit zuweisen. Heute gibt es, ebenso wie in den betäublichen Zeiten der Dekadenz der Revolution von 1952 und des bäuerlich-militärischen Paktes, eine soziale Führung, die keines anderen Arguments bedürftig als ihrer Pflichterfüllung als Regierung, stets zu aggressiven Konfrontationen bereit ist; seien es Arbeiterproteste, indigene Märsche oder irgendein anderer Ausdruck des Nichteinverstandenseins von Sektoren der Bevölkerung.

¹⁰ <http://en.wiktionary.org/wiki/prebendalism>

Die Errichtung eines Plurinationalen Staates wurde aufgegeben

Wo die Prinzipien und grundlegenden Institutionen der repräsentativen Demokratie niedrigerungen und übertreten worden sind, da wurde die konkrete Schaffung von neuen staatlichen Institutionen, in denen der Plurinationale Kommunitäre Staat seine Gültigkeit erlangen sollte, blockiert, entstellt, aufgeschoben oder aufgegeben – durch die Maßnahmen oder Versäumnisse der Regierung. So haben die ohne Konsultation der indigenen und autochthonen Völker vom Parlament beschlossenen Gesetze das Wort und den Geist der neuen Verfassung verleugnet und dem Projekt des Plurinationalen Kommunitären Staates einen tödlichen Stich versetzt.

Zunächst einmal hat man im Wahlgesetz (Ley de Régimen Electoral) auf flagrante Weise das verfassungsmäßige Recht der indigenen Völker auf direkte politische Repräsentation verletzt, indem der plurinationale Charakter des Parlaments stark eingeschränkt wurde. Es wurde eine Anzahl spezieller indigener Wahlbezirke festgelegt, wodurch vielen indigenen Völkern auf dem Staatsgebiet die reale Möglichkeit direkter politischer Repräsentation aberkannt wurde, zudem wird diese Möglichkeit den indigenen Völkern von Chuquisaca gar nicht gewährt.

Im selben Sinne wurden im Gesetz zur Autonomie und Dezentralisierung (Ley de Autonomías y Descentralización) hinderliche Regelungen festgelegt, die in diesem außergewöhnlich kommunitären sozio-kulturellen Umfeld der verfassungsrechtlich garantierten Anerkennung von Praktiken der kommunitären Demokratie nicht Rechnung tragen und zudem nicht anerkennen, dass indigene Völker und Ureinwohner bereits vor der Zeit der Kolonien und der Republik existierten, wie es in Artikel 2 der neuen Verfassung festgehalten ist.

Ebenso verhält es sich mit der Reform des Bildungssystems, einem der prinzipiellen Felder für die kulturelle Emanzipation und

die Schaffung einer plurinationalen bürger-schaftlichen Grundhaltung, bei der nicht nur kein realer und praktischer Fortschritt auszumachen ist, sondern empfindliche Rückschritte in Bezug auf die bescheidenen Siege der vergangenen Jahre zu verzeichnen sind. Und schließlich ist das Gesetz zur Abgrenzung zwischen staatlicher und indigener Rechtsprechung (Ley de Deslinde Jurisdiccional) rassistisch und im Geist der Kolonisierung verfasst, denn es begrenzt die ursprüngliche indigene bäuerliche Rechtsprechung auf Unmündige, so wie es bereits zur Kolonialzeit der Fall war. Dies steht laut der neuen Verfassung im Widerspruch zur eigenen Rechtsordnung aber auch zum ILO-Übereinkommen 169 und zur Deklaration über die Rechte Indigener Völker der Vereinten Nationen.

Wie keine andere neoliberale Regierung der jüngsten Vergangenheit hat die Regierung von Evo Morales, die bei internationalen Foren als diskursive Avantgarde für die Rechte der Mutter Erde und der indigenen Völker auftritt, in ihrer Gänze das subimperialem Muster des brasilianischen Kapitalismus übernommen, um Megaprojekte auf Infrastrukturebene umzusetzen, die nicht an den Bedürfnissen der nationalen und lokalen Bevölkerungen ausgerichtet sind. Diese Megaprojekte bedeuten außerdem zunächst eine hohe Auslandsverschuldung, die einen Verlust an Souveränität und später schwere und irreparable Schäden am Ökosystem und bei der Ausübung der Rechte von indigenen und autochthonen Völkern über ihre Territorien nach sich ziehen werden. Durch diesen Handlungsdrang hat die Regierung wiederholt das Recht auf vorherige und informierte Konsultation der indigenen und autochthonen Völker verletzt, das in der neuen Verfassung verankert ist, für den Fall, dass beabsichtigt ist, ihr Territorium mit Baumaßnahmen oder andere Tätigkeiten zu besetzen oder zu nutzen. Dies ist ganz klar der Fall beim Bau einer Schnellstraße, die mit brasilianischem Kapital und von einem brasilianischen Unternehmen quer durch den Nationalpark und das Indigene Territorium Isibo-

ro Sécure gebaut werden soll. Auch hier wurden die indigenen Gemeinschaften, die dort seit Urzeiten beheimatet sind und dieses Land legalerweise und legitimerweise ihr Eigen nennen, nicht vorher informiert und konsultiert.

Im Sinne des mit dem Wasserkrieg eingeschlagenen Weges, dem indigenen Marsch für die Verfassunggebende Versammlung und unzähligen bäuerlichen und indigenen Mobilisierungen für Land und Territorien, im Sinne der erfolgreichen Volksaufstände im April und September des Jahres 2000, im Oktober 2003 und im März und Juni 2005, im Sinne aller kämpferischen Heldentaten des bolivianischen Volkes, rufen wir alle BolivianerInnen dazu auf, sich den Prozess des Wandels für das Volk wiederanzueignen und mithilfe ihrer kreativen kollektiven Möglichkeiten eine gemeinsame Zukunft in Gerechtigkeit, Freiheit und Würde zu schaffen. Daher schlagen wir die umgehende Schaffung von Dialogräumen vor, die umfassend genutzt werden können, in denen wir uns den Prozess des Wandels wiederaneignen und diesen neu ausrichten wollen. Lasst uns die Situation des Landes ehrlich und gründlich analysieren und auf kollektive und demokratische Weise die Vorschläge und Alternativen erschaffen, die uns die erträumte Zukunft erobern lassen.

Vorschläge

1. Die Schaffung einer Plurinationalen Koordination der Neuausrichtung.
2. Die kollektive und partizipative Neuformulierung der Agenda der Neuausrichtung.
3. Die Verteidigung der Verfassung und deren konsequenter Anwendung durch Proteste.
4. Die Revision der von der Regierung erlassenen und vom Parlament bestätigten Gesetze, ebenso wie deren Protokolle, Maßnahmen und rechtswidrigen Entscheidungen gegen die Verfassung.
5. Das Erschaffen des kommunitären, plurinationalen und autonomen Staates durch soziale, politische und wirtschaftliche Transformation auf struktureller und institutionel-

ler Ebene, durch die Stärkung der Regierungen der Territorien und die umfassende Anwendung der Formen direkter, repräsentativer und kommunitärer Demokratie.

6. Das Praktizieren emanzipatorischer Interkulturalität und eine klare Positionierung und Teilnahme an der Entkolonialisierung auf verschiedensten Ebenen, indem alle Mechanismen ökonomischer, sozialer, kultureller und geschlechtsspezifischer Herrschaft abgebaut werden.

7. Das kollektive und partizipative Entwickeln einer wirtschaftlichen Agenda für die Produktion, um das extraktivistische Modell zu verlassen und ein neues Produktionsmodell zu gestalten, das auf der Ernährungssouveränität aufbaut und in Übereinstimmung mit der Verfassung ganzheitliche und partizipative Planung vorsieht.

8. Die Verabschiedung des Gesetzes zur Mutter Erde (Ley de la Madre Tierra) und dessen Bekanntgabe, in Erfüllung der Resolutionen von Tiquipaya, damit die Bildung einer südamerikanischen Plattform vorangetrieben wird, die eine gemeinsame Agenda zu Energie, Umwelt, Ernährung, Wirtschaft und interkultureller Bürgerschaftlichkeit etablieren wird.

9. Das Aufrechterhalten der Kommunikation mit der Bevölkerung und das Informieren der Bevölkerung, indem partizipative Formen von ineinanderlaufenden Netzwerken so genutzt werden, dass alle Handlungen das Ergebnis kollektiver Schaffensprozesse sind. Unterzeichnet von:

Alejandro Almaraz, Gustavo Guzmán, Raul Prada, Oscar Vega, Roberto Fernández, Oscar Olivera Foronda, Marcela Olivera Foronda, Leonardo Tamburini, Pablo Regalsky, Pablo Mamani, Jorge Komadina, Gustavo Soto, Aniceto Hinojosa, Víctor Hugo Sainz, Moisés Torres, Rafael Quispe und Anderen.

05.7.2011.

Original in Spanisch:

<http://www.rosalux.org.ec/es/analisis/bolivia/item/210-manifiesto-cpr>

Übersetzung: Bettina Hoyer und Sebastian Landsberger (lingua.trans.fair)

Anhang 3:

Protokoll des Landesweiten Treffens für einen Pakt der Einheit COCHABAMBA, 4. und 5. Juni 2011

Die sozialen Organisationen und die indigenen, autochthonen bäuerlichen Völker und Nationen, interkulturelle und afrobolivianische Gemeinschaften, die den Pakt der Einheit bilden (CSUTCB, CNMCIQB „BS“, CSCIOB, CIDOB und CONAMAQ) sind am 4. und 5. Juni 2011 im Haus des Katechisten (Casa de Catequista) „CADECA“, in der Stadt Cochabamba zusammengekommen. Das Treffen des Paktes der Einheit findet inmitten einer komplexen und schwierigen Phase des Wandlungsprozesses statt - einer Etappe, die als Etappe der Anwendung der Politischen Verfassung des Staates charakterisiert werden kann, das heißt der Gründung des Plurinationalen Kommunitären und Autonomen Staates, die eine Reihe von institutionellen Transformationen vorsieht, um einen institutionellen Pluralismus zu begründen. Wie üblich begann das Treffen mit einer rituellen Zeremonie des Dankes und der Bitte um die Erlaubnis der Achachilas, der Geistwesen und der Kräfte der Mutter Erde. Im Anschluss an die Zeremonie wurde ein Video gezeigt, in dem die Erfahrungen, der Beitrag und die Autorenschaft des Paktes der Einheit bei der Entwicklung des Verfassungstextes dargestellt wurden. Nachdem die Anwesenden die Bilder gesehen hatten, die an die bedeutenden Leistungen der sozialen Bewegungen und der Nationen und indigenen und autochthonen bäuerlichen Völker sowie der interkulturellen und afrobolivianischen Gemeinschaften beim Prozess der Erarbeitung der Verfassung erinnerten, haben alle VertreterInnen der fünf Organisationen, die den Pakt der Einheit bilden, ihren Standpunkt und die Sorgen ihrer jeweiligen Organisation vorgebracht.

Anschließend wurde die Situation analysiert. Dabei wurden der Prozess, Vor- und Rückschritte und seine spezifischen Umstände

betrachtet. Vor allem ging es jedoch um die Krisensituation des Prozesses. Ausgangspunkt der Betrachtungen war dabei der Zyklus der sozialen Bewegungen und Kämpfe von 2000 bis 2005. Diese Bewegungen und Kämpfe verdeutlichten die Krise des neoliberalen Modells auf vielen Ebenen, ebenso wie die multiple Krise des Nationalstaats, des liberalen Staates und des kolonialen Staates; soziale Kämpfe, die das transnationale Unternehmen Bechtel, das Tochterunternehmen Aguas del Tunari und die neoliberale Regierung von Gonzalo Sánchez de Lozada vertrieben. Das politische Monopol der oligarchischen Klasse im Land wurde ausgeschaltet und zerschlagen und die Regierungen der großen Koalition zu einem direkten Dialog mit den AnführerInnen der Bewegung gezwungen. Dadurch wurde mit den Lösungen vom Mai und Juni 2005 ein politischer Ausweg aus der Krise gefunden, der eine neue Verfassung und den Aufruf zu landesweiten Wahlen zwingend erforderlich machte. Auf diese Weise öffnete sich der Weg für die Regierung des ersten indigenen Präsidenten, für den Prozess der Verstaatlichung und vor allem für den verfassungsgebenden Prozess. Bei der Situationsanalyse wurde besonderer Wert auf die Krise des Prozesses gelegt, auf die Hindernisse und Widerstände gegen den Wandel, auf politische Verirrungen und Fehler, auf die Aneignung der Rolle der sozialen Bewegungen durch Regierungsfunktionäre, auf die Dominanz eines nationalistischen Blocks in der Regierung, der den Nationalstaat nicht zerstören und keinen Plurinationalen Kommunitären und Autonomen Staat errichten möchte und für verfassungswidrige Gesetze stimmte - ohne Beteiligung und Konsultation der Bevölkerung. Betont wurde zudem die Rolle des Paktes der Einheit bei der Rettung des verfassungsgebenden Prozesses,

weswegen festgelegt wurde, dass die Rolle des Paktes der Einheit in der gegenwärtigen Krisensituation darin besteht, zum Überleben des Prozesses, zu seiner Vertiefung sowie zur Erschaffung des Plurinationalen Kommunitären und Autonomen Staates sowie zur Neuausrichtung des Prozesses beizutragen. Die Schaffung des Prozesses durch institutionelle Transformationen wird als Aufgabe des Paktes der Einheit verstanden. Der Pakt der Einheit muss sich angesichts seiner vielfältigen, zu bewältigenden Aufgaben zu einem Politischen Rat der Regierung wandeln, der über der Exekutive, den MinisterInnen und dem Parlament steht. Dies garantiert die Neuausrichtung des Prozesses und die konsequente Einhaltung der Verfassung.

Nach der Situationsanalyse wurde die Organisationsstruktur des Paktes der Einheit diskutiert. Es wurden zwei Positionen diskutiert: die Bildung einer hierarchisch aufgebauten Leitung oder die Beibehaltung der horizontalen und rotierenden Form der Leitung des Paktes der Einheit. Nach einer langen Diskussion wurde entschieden, die Frage unbeantwortet zu lassen und damit der Notwendigkeit des Konsens und des Respekts gegenüber der Autonomie der Organisationen als einer Garantie für den Zusammenhalt und die Einheit Rechnung zu tragen. Nach diesem Beschluss wurde über die grundlegenden Aufgaben bei der Fortführung der legislativen Entwicklung des Paktes der Einheit beraten. Diese Aufgaben betreffen das Inkrafttreten des Gesetzes zur Mutter Erde, das als grundlegend und maßgebend angesehen wird und sich bei der Parlamentskommission zur Erde und Territorialen Natürlichen Ressourcen (Comisión de Tierra y Territorio Recursos Naturales de la Asamblea Legislativa Plurinacional) befindet, sowie die Nachbereitung des Gesetzes zur Produktiven und Kommunitären Revolution (Ley de Revolución Productiva y Comunitaria). Ebenfalls als vorrangige Aufgabe wird die Ausarbeitung von gesetzlichen Rahmenbedingungen, die grundlegenden Charakter haben, angesehen, wie das Gesetz

zur Pluralen Wirtschaft (Ley de Economía Plural), das als Orientierung und Rahmen für Wirtschaftsgesetze dienen, das Mandat der Verfassung aufgreifen und den Schritt vom extraktivistischen Modell hin zu einem Produktionsmodell in die Wege leiten soll, als ersten Schritt zu einer Ernährungssouveränität. Betont wurde zudem die Wichtigkeit spezieller Gesetze, wie des Gesetzes zur Konsultation (Ley de Consulta), des Bergbaugesetzes, des Gesetzes zu den Wäldern (Ley de Bosques), des Wassergesetzes (Ley de Aguas) sowie des Gesetzes zur Ernährungssouveränität (Ley de la Soberanía Alimentaria). Dies gilt auch für die aktive Partizipation der sozialen Organisationen und der indigenen, autochthonen bäuerlichen Völker und Nationen sowie der interkulturellen und afrobolivianischen Gemeinschaften bei der Erarbeitung von technischen Definitionen für den Zensus (Censo Nacional de Poblacional y Vivienda).

Es wurde vereinbart, die Organisation und den Vorschlag für vier Kommissionen auf den nächsten Tag zu verschieben, ebenso wie Agenda und Zeitplan für die Arbeit und konkrete Aufgaben für die zu bildenden Kommissionen und für die Gesetzesvorschläge, die für den Pakt der Einheit Priorität haben müssen.

Die Organisationen des Paktes der Einheit sind sich ihrer historischen Verantwortung bewusst, die ihnen als Protagonistinnen des Prozesses zukommt, ebenso wie als kollektive AutorInnen der Verfassung, als VertreterInnen von Organisationen der indigenen, autochthonen Bewegungen, Völker und Nationen sowie der interkulturellen und afrobolivianischen Gemeinschaften bei der Neuausrichtung des Prozesses.

Am zweiten Tag wurde das Treffen damit eröffnet, dass jede der sozialen Organisationen des Paktes der Einheit mit der Vorstellung der vier Kommissionen begann, wobei ausdrücklich auf die Priorität der Gesetze verwiesen wurde und klare Verantwortlichkeiten vereinbart wurden für jedes der Gesetze, die im Rahmen der legislativen Implementierung vorgestellt worden waren.

Bei diesen Gesprächen war Senator Adolfo Mendoza zugegen, der über die vorrangig zu behandelnde plurinationale legislative Agenda bis zum August dieses Jahres informierte. Dazu gehört, gemäß des Autonomie-Rahmengesetzes (Ley Marco de Autonomías), auch das das Gesetz zur Klassifizierung von Steuern (Ley de Clasificación de Impuestos), das die Steuerzahlungen von Bezirken, Departments sowie auf Landesebene regelt, anhand dessen der Steuerpakt (Pacto Fiscal) diskutiert werden kann, was bis zum 15. Juli zu geschehen hat. Neben anderen Gesetzen haben wir das Transportgesetz (Ley de Transporte), das Telekommunikationsgesetz und das System zur Regulierung der Versorgungsdienste. Für den Zeitraum nach August bleiben das Bergbaugesetz, das Gesetz zur Erdöl- und Erdgasförderung, das Gesetz zur Mutter Erde und andere. Wichtig ist zudem der Prozess der Schaffung eines Verfassungsgerichts, denn ein Gericht, das dem Prozess des Wandels feindlich gegenübersteht, würde das Ende dieser Arbeit bedeuten. Ebenfalls wurde auch daran gedacht, ein Treffen mit den Parlamentskommissionen und den Fraktionsvorsitzenden anzusetzen, um deren Agenda kennenzulernen.

Nach einer langen Debatte zwischen allen VertreterInnen wurde Folgendes vereinbart:

1. Am Freitag, 10. Juni, wird ein Treffen mit den Parlamentskommissionen und

Fraktionsvorsitzenden abgehalten, um die Agenda jeder Kommission kennenzulernen.

2. Die von den Mitgliedern des Paktes der Einheit gebildeten Kommissionen präsentieren am Freitag, 10. Juni, ihre Agenda und ihre Arbeitsstrategien, gemäß der Übereinkunft zu den vier gebildeten Kommissionen.

3. Die nächste Versammlung des Paktes der Einheit wird in einem Monat stattfinden. Bei diesem Treffen wird der Turnus weiterer Zusammenkünfte festgelegt.

Schließlich unterstrichen alle anwesenden Führungspersonen landesweiter Organisationen und AnführerInnen von sozialen Organisationen, indigenen, autochthonen bäuerlichen Völkern und Nationen sowie interkulturellen und afrobolivianischen Gemeinden die Bedeutung der Fortführung des Paktes der Einheit als soziales Bündnis und als Basis für die Schaffung des Plurinationalen Staates sowie der Vertiefung und Neuausrichtung des Wandlungsprozesses.

Zum Abschluss des landesweiten Treffens und zur Bestätigung der Richtigkeit unterzeichneten alle Anwesenden dieses Dokument am 4. Juni 2011.

Original:

www.rosalux.org.ec/es/analisis/bolivia/item/213-acta-del-encuentro-nacional-del-pacto-de-unidad

Übersetzung: Bettina Hoyer und Sebastian Landsberger (lingua.trans.fair)

